

# Solidarisch aus der Krise

## Zwei Millionen Arbeitsplätze Profiteure zur Kasse

Wirtschaftsdesaster droht!

1

Vom „Wirtschaftswunder“  
in die Rezession

4

„Agenda 2010“ –  
Aufschwung der schlechten Jobs

6

Finanzmärkte – völlig losgelöst?

8

Das Casino explodiert

10

Politik schafft Spielregeln ab

12

Globale Ungleichgewichte

14

Exportweltmeister –  
Problem, nicht Lösung

16

Finanzsystem  
öffentlich kontrollieren!

18

Zwei Millionen Arbeitsplätze –  
Sozialstaat stärken!

20

Profiteure zur Kasse!

23



ver.di

Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft



**Herausgeber:**

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft  
Bundesvorstand  
Ressort 1  
Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin

**Verantwortlich:**

Frank Bsirske

**Bearbeitung:**

Bereich Wirtschaftspolitik  
Michael Schlecht (Bereichsleiter)  
Ralf Krämer  
Dr. Sabine Reiner  
Dr. Norbert Reuter  
Anita Weber

**Kontakt:**

Wirtschaftspolitik@verdi.de  
www.wipo.verdi.de

**Karikaturen:**

Reinhard Alff

**Gestaltung und Satz:**

Hauer+Ege GmbH, Stuttgart  
www.hauer-ege.de

**Druck:**

alpha print medien AG, Darmstadt

W-2801-03-0409

Mai 2009

# Wirtschaftsdesaster droht!

Die Wirtschaftskrise begann im Frühjahr 2008. Bereits zu diesem Zeitpunkt schrumpfte das Wachstum. Im Winter 2008/09 rutschte der Export immer mehr weg, zu Beginn 2009 stürzte er um über 20 Prozent ab. In ihrem Frühjahrsgutachten erwarten die Wirtschaftsforscher für 2009 eine Schrumpfung der Wirtschaftsleistung Deutschlands von sechs Prozent.

In vielen Betrieben, vor allem in denen, die für den Export produzieren, schlug die Krise voll zu. Auftragseinbrüche von 70 Prozent waren und sind keine Seltenheit. Besonders betroffen sind Autobetriebe und ihre Zulieferer. Verlängerte Werksferien waren bereits über den Jahreswechsel 2008/09 an der Tagesordnung. Und die Krise schlägt auch im Transportbereich zu, vor allem in den Häfen und bei den Fernfahrern.

**Zuerst sind die Leiharbeiter rausgeflogen. Hunderttausende wurden auf Kurzarbeit gesetzt. Und immer häufiger kündigen die Chefs.**

Auch in Branchen, die mit dem Export wenig zu tun haben, ist die Lage nicht besonders rosig. So zum Beispiel im Einzelhandel. Die Kaufkraft der Menschen ist schon seit vielen Jahren gedrückt. Bei immer mehr Arbeitslosen, bei immer mehr Beschäftigten in Kurzarbeit und bei immer mehr Sorgen der Menschen über ihre Zukunft ist noch weniger Geld zum Ausgeben da.

## Krise schlägt unterschiedlich zu

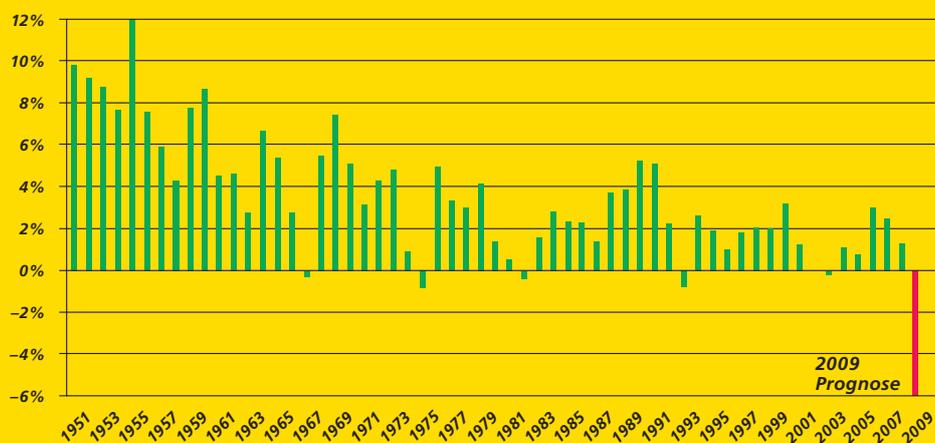
Die Betroffenheit und die Wahrnehmung der Krise entwickeln sich sehr ungleichmäßig. In vielen Wirtschaftsbereichen war lange wenig oder nichts zu spüren. Für viele Menschen findet die Krise noch immer nur im Fernsehen und in der Zeitung statt. Klar, auch das kann deutlich machen, dass dunkle Wolken für alle heraufziehen. Aber die unmittelbare, alltägliche Betroffenheit ist für viele noch kaum zu spüren. Dies gilt für die meisten Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Dies gilt aber auch für 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner. Sie erhalten im Juli 2009 eine Rentenerhöhung um 2,4 Prozent im Westen und

3,4 Prozent im Osten. Bei einer relativ niedrigen Inflationsrate von voraussichtlich unter einem Prozent ist das zum ersten Mal seit Jahren wieder eine Verbesserung der Realeinkommen.

## Die Regierung beschwichtigt

Die Arbeitslosigkeit steigt seit Anfang 2009 bedrohlich an. Die OECD schätzt, dass die Erwerbslosenzahl 2010 auf fünf Millionen ansteigt. Die Erwerbslosenquote würde dann von etwas mehr als sieben Prozent in 2008 auf fast zwölf Prozent im Jahresdurchschnitt 2010 anwachsen. Über 500.000 vernichtete Arbeitsplätze drohen 2009 alleine wegen immer mehr Firmenpleiten. Eine derartig schnell ansteigende Arbeitslosigkeit innerhalb eines Jahres hat es in den letzten Jahrzehnten nie gegeben. Alles läuft in kürzester Zeit ab. Für die Betroffenen fast wie im freien Fall.

**Historischer Wachstumseinbruch**  
Reale Wachstumsraten der Wirtschaftsleistung in der Bundesrepublik Deutschland



Die Wirtschaft saust in den Keller. Mindestens ein Minus von sechs Prozent schätzen die Wirtschaftsforscher für Deutschland. Bisher war der Wachstumseinbruch nie stärker als minus 0,9 Prozent.  
Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

**! Das Konjunkturprogramm I war zu klein, Konjunkturprogramm II kam zu spät, ist auch viel zu gering und falsch zusammengesetzt.**

Die Bundesregierung hat nach langem Zögern bislang zwei Konjunkturprogramme aufgelegt. Erwähnenswert ist lediglich das zweite. Hier werden zweimal neun Milliarden Euro für die Infrastruktur ausgegeben. Der konjunkturelle Effekt beläuft sich nach OECD-Schätzung auf 0,6 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt. Dies ist eindeutig viel zu klein.

Mit einer Befristung des Konjunkturprogramms auf zwei Jahre können keine zusätzlichen Erzieherinnen, keine Lehrerinnen und Lehrer und keine Pflegekräfte in Altenheimen dauerhaft eingestellt werden. In Anbetracht des Bedarfs in der öffentlichen Versorgung und der dramatisch ansteigenden Arbeitslosenzahlen ist dies unverantwortlich.

### **Kredite geraten in die Klemme**

Von der Wirtschaftskrise sind häufig auch eigentlich kerngesunde Betriebe betroffen, die von den Arbeitsabläufen her und technologisch absolut fit sind. In die Knie werden sie gezwungen, weil die Banken den Geldhahn zudrehen. Immer häufiger wird die Kreditvergabe erschwert, werden zusätzliche Sicherheiten gefordert und die Zinsen raufgesetzt.

Besonders prekär ist die Lage für Betriebe, die von Heuschrecken aufgekauft worden sind. Die Kredite, die zu ihrem Kauf nötig waren, wurden ihnen nach der Übernahme aufgebürdet. Nun sind sie hoch verschuldet. Mit der Verschlechterung der Kreditkonditionen steigt ihre Zinslast, die sie vielfach nicht mehr tragen können. Betroffen sind vor allem die Beschäftigten, die um ihren Arbeitsplatz fürchten, ihn bereits verloren haben oder denen Lohnverzicht und schlechtere Arbeitsbedingungen aufgezwungen werden.

**! Viele Banken haben sich verzockt und leihen Geld nur noch spärlich oder zu überteuerten Konditionen aus.**

Eigentlich wollte genau dies die Regierung verhindern. Das war zumindest ihr Versprechen, als sie im Oktober 2008 einen atemberaubenden Rettungsplan für die Banken innerhalb von fünf Tagen durch Bundestag und Bundesrat peitschte. 480 Milliarden Euro wurden für Beteiligungen, Bürgschaften und Kredite aufgeboten. Mittlerweile sind über 200 Milliarden Euro bereitgestellt worden, um den Banken zu helfen. Allein die *Hypo Real Estate* hat über 100 Milliarden bekommen, die *Commerzbank* 18 Milliarden Euro. Und in Anbetracht der unabsehbaren Finanzkrise ist nicht auszuschließen, dass für den Staat Milliarden verloren gehen. Und möglicherweise muss er das 480-Milliarden-Paket noch aufstocken.

Die Banken sichern nicht ausreichend die Finanzierung der Betriebe. Die Regierung wirft ihnen Geld ohne Ende hinterher. Trotzdem kommt die Kreditvergabe nicht

**! Die Bankenrettung der Regierung erweist sich immer mehr als Flop.**

in Gang. Die Banken sichern erst einmal die Einkommen sowie Boni ihrer Manager. Auf ausreichende Gegenleistungen verzichtet die Regierung. Einflussnahme auf die Geschäftstätigkeit? Fehlanzeige! Das ist ein Skandal! Kanzlerin Merkel appelliert derweil lediglich in Sonntagsreden, dass die Banken die Wirtschaft mit Krediten versorgen sollen.

### **Wer soll das bezahlen?**

Viele Menschen fragen sich: Wer soll das eigentlich alles bezahlen? Am Ende wir? Heißen Bürger nur deshalb so, weil sie bürgen? Müssen wir am Ende mehr Steuern zahlen und weiteren Sozialabbau ertragen?

Die Bankenrettung und die Konjunkturprogramme kosten hunderte von Milliarden. Eigentlich – so hieß es doch immer – habe der Staat kein Geld für Mehrausgaben. Sechs Milliarden Euro für den sofortigen Ausbau der Kitas sind nicht da. Junge Paare müssen ihren Kinderwunsch weiter aufschieben – oder sich ohne Hilfen mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie herumschlagen. Auch sieben Milliarden für die Anhebung des Arbeitslosengelds II auf 435 Euro würden angeblich den Bundeshaushalt überfordern.

**! Für Banken hat der Staat hunderte von Milliarden – für Kitas nicht einmal sechs!**

Die Bekämpfung der Krise kostet Geld. Selbst wenn die Regierung wollte, könnte sie mehr Schulden jetzt nicht verhindern. Bis zur Bundestagswahl am 27. September wird sie das zähneknirschend hinnehmen.

Aber danach droht die alte Leier von der Haushaltskonsolidierung. Und diese könnte heißen: „Agenda 2020“. Legt die nächste Regierung Hand an das Arbeitslosengeld II, wären besonders Erwerbslose betroffen. Zusätzlich ist bei mehr als vier Millionen Arbeitslosen denkbar, dass die Regierung das Arbeitslosengeld I kürzt. Aber auch Rentnern und Rentnerinnen droht Ungemach. In Zeitungsartikeln wird bereits die Beschneidung des Bundeszuschusses für die Rente durchgespielt – 80 Milliarden Euro ist er groß.

**! Nach der Wahl droht die „Agenda 2020“! Wenn wir uns nicht wehren!**

### **Antikrisenprogramm: Zwei Millionen Jobs**

Wir wollen zwei Millionen Arbeitsplätze sichern und schaffen. Im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft durch Aufträge des Staates. So werden bessere Bildung und Erziehung möglich, ebenso Verbesserungen im Gesundheitswesen und bei der Pflege sowie der ökologische Umbau.

Mit jährlich 100 Milliarden Euro für Konjunktur- und Zukunftsinvestitionen sowie für arbeitsmarktpolitische Sofortmaßnahmen ist ein wirkliches Antikrisenprogramm möglich. So würde auch für eine nachhaltige Wirtschaftsstruktur gesorgt und die Exportabhängigkeit abgebaut.

**! Wir wollen eine gute öffentliche Infrastruktur und lebenswerte Städte. Und gute Arbeit in Industrie und bei Dienstleistungen.**

### **Profiteure zur Kasse**

Die Profiteure des hohen Gewinn- und Vermögensanstiegs der letzten Jahre müssen zur Kasse. Durch Wiedereinführung der Vermögensteuer, mehr Erbschaftsteuer, eine Finanztransaktionsteuer und vieles mehr. Jährlich über 75 Milliarden Euro an Mehreinnahmen für den Staat sind so möglich.

So kann das Antikrisenprogramm bezahlt werden und die Kosten der Bankenrettung sind finanzierbar.

In den 30er Jahren hat US-Präsident Franklin D. Roosevelt mit dem New Deal die Wirtschaft wieder auf Trab gebracht. Bezahlen mussten die Reichen: Großverdiener zahlten fast 80 Prozent Einkommensteuer. Für große Erbschaften wurde ebenso viel fällig. Wichtige fortschrittliche Gesetze verabschiedete die Roosevelt-Regierung erst nach Massenprotesten. Ohne die wird es wohl auch in Deutschland keinen Fortschritt geben.



Bereits am 28. März 2009 haben in Frankfurt und Berlin Großdemonstrationen stattgefunden. Die Menschen wehren sich dagegen, dass die Kosten der Krise auf sie abgewälzt werden. Am 16. Mai 2009 folgten Großdemonstrationen in mehreren europäischen Städten. Foto: Roland Hägele

## Vom „Wirtschaftswunder“ in die Rezession

Der letzte Aufschwung war in Deutschland bereits im Frühjahr 2008 zu Ende – bevor Auswirkungen der Finanzmarktkrise hier zu spüren waren. Diese verstärkt jetzt den Abschwung und Deutschland befindet sich in der schwersten Krise nach dem Zweiten Weltkrieg. Seit damals war die Produktion von Gütern und Dienstleistungen nie um mehr als ein Prozent geschrumpft. 2009 können es bis zu sieben Prozent werden. Es drohen schwere soziale Verwerfungen.

Wir erleben die schwerste Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Sie wird uns weit über das Jahr 2009 hinaus belasten.

Dabei hatte Außenminister und SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier noch Mitte 2007 ein „neues Wirtschaftswunder“ angekündigt. Und Kanzlerin Merkel ist der Ansicht, dass Deutschland besonders gut gegen die Krise gewappnet sei. Die Ursachen der Krise verortet sie allein auf den Finanzmärkten. Die seien zu wenig reguliert gewesen und einige Banker und Manager hätten „Maß und Mitte“ verloren.

### Normaler Konjunkturaufschwung

Der kurze Traum vom Aufschwung begann in Deutschland Ende 2003. Ab diesem Zeitpunkt nahmen die Investitionen wieder zu, die im Abschwung 2001 und 2002 stark eingebrochen waren. Mit der Zeit sind Maschinen zunehmend verschlissen oder nicht mehr auf dem Stand der Technik. Neue Investitionen werden erforderlich.

Vor allem die Ausrüstungsinvestitionen waren kräftig anstiegen, das sind Investitionen in Maschinen und Fahrzeuge. Die Investitionen insgesamt – Ausrüstung und Bauten – erreichten aber erst 2006 wieder das Niveau des Jahres 2000.

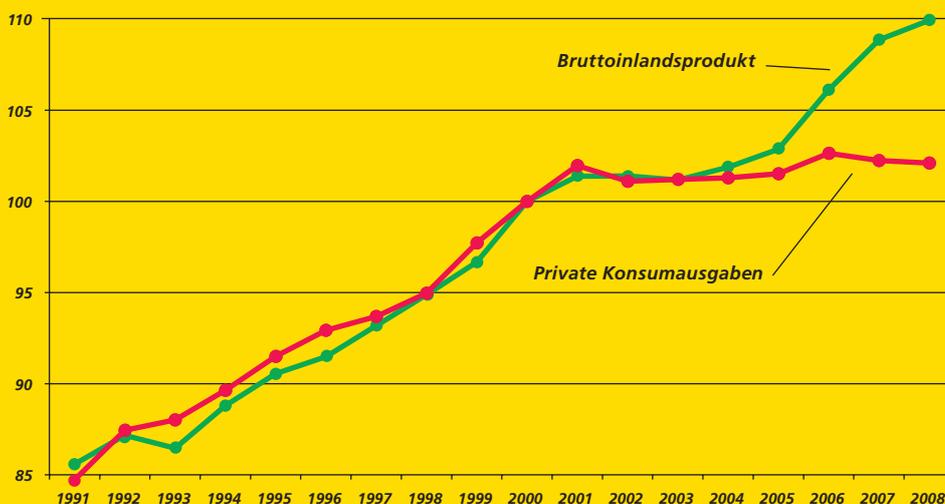
Die wirtschaftliche Belebung ab Ende 2003 wurde durch Ersatz- und Nachholbedarf bei den Investitionen ausgelöst.

Investitionen bedeuten mehr Nachfrage und Beschäftigung und sind Ausgangspunkt eines neuen Aufschwungs, der sich eine Zeitlang selbst verstärkt. Zur längerfristigen Absicherung des Aufschwungs hätte – wie in früheren Konjunkturzyklen – auch die Konsumnachfrage anziehen müssen. Hier herrschte aber weiterhin Flaute. Vielmehr war der Aufschwung in extremer Weise vom Export abhängig. Die steigenden Exportüberschüsse haben mehr als die Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Wachstums getragen.

### Aufschwung des privaten Konsums? – Fehlanzeige!

In der Vergangenheit zogen mit jedem Aufschwung auch etwas zeitversetzt die Löhne und Gehälter an. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ist das im letzten Aufschwung nicht geschehen. Die Beschäftigten haben vom Aufschwung nichts gehabt. Die Bruttolöhne sanken im Lauf des Konjunkturzyklus nach Abzug der Preissteigerung, also real, sogar um durchschnittlich über zwei Prozent.

**Konsumnachfrage abgehängt**  
Entwicklung von Wirtschaftswachstum und privatem Konsum (Jahr 2000 = 100 Prozent)



Erstmals hat sich im Aufschwung eine Kluft zwischen dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts und der privaten Konsumnachfrage aufgetan.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

So klappt zwischen dem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts und dem privaten Konsum erstmals eine massive Lücke: Während das Bruttoinlandsprodukt im Aufschwung bis 2008 real um knapp zehn Prozent gestiegen ist, kam der private Konsum mit einem Anstieg von nicht einmal einem Prozent praktisch nicht vom Fleck.

**Die Kanzlerin behauptete immer wieder vollmundig, der Aufschwung sei bei den Menschen angekommen – eine reine Wunschvorstellung!**

Bei den Tarifeinkommen gelang es noch, ein Plus von drei Prozent durchzusetzen. Beschäftigten ohne Tarifschutz wurde jedoch ein massiver Lohnverzicht aufgezwungen. Nach unseren Berechnungen haben sie gegenüber 2002 rund acht Prozent verloren. Einzelne sogar deutlich mehr. Gewonnen haben nur diejenigen, die Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen beziehen. Letztere stiegen zwischen 2002 bis 2008 preisbereinigt um über 30 Prozent.

### Immer mehr Hunger- und Niedriglöhne

Die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung hat im schwachen und kurzen Aufschwung dramatisch zugenommen – viel mehr als in anderen Ländern. Immer mehr Menschen müssen in Deutschland für Niedrig- und Hungerlöhne schuften. Seit 1995 ist ihre Zahl um über 40 Prozent angestiegen.

Fast sieben Millionen Menschen sind betroffen. Das sind über 22 Prozent aller Beschäftigten. Damit ist Deutschland „Europameister“ beim Niedriglohnanteil. Selbst zu den USA, die einen Niedriglohnanteil von rund 25 Prozent haben, ist der Abstand nur noch gering.

Die Ausweitung von Niedriglöhnen war politisch gewollt. Mehr Jobs sollte das bringen. Tatsächlich sind mit dieser nationalen Politik andere Länder unter großen Druck gesetzt worden. Entweder sie machen mit beim Umverteilungswettbewerb zu Lasten der Beschäftigten oder sie verlieren weitere Weltmarktanteile gegenüber dem Exportweltmeister Deutschland.

**Fast zwei Millionen Beschäftigte müssen in Deutschland für weniger als fünf Euro brutto die Stunde arbeiten.**

### Die Billionen-Bremse

Hochgerechnet auf die letzten zehn Jahre wurde den Beschäftigten in Deutschland insgesamt über eine halbe Billion Euro durch eine massive Umverteilung zugunsten der Gewinn- und Vermögenseinkommen vorenthalten. So viel mehr wäre in ihren Taschen gelandet, wenn die Verteilungsspielräume hätten ausgeschöpft werden können. Hinzu kommen noch Steuergeschenke an Unternehmer und Reiche. Durch mehrfache Reduzierung der Unternehmenssteuern, Senkung des Höchststeuersatzes und Verzicht auf eine angemessene Vermögensbesteuerung kommt man auf eine weitere halbe

**Etwa eine Billion Euro sind in den letzten zehn Jahren von den Beschäftigten zu den Reichen umverteilt worden.**

Billion Euro, die von unten nach oben verteilt worden ist.

Geld, das Maria Musterfrau und Otto Normalverbraucher zum Einkaufen fehlt.



## „Agenda 2010“ – Aufschwung der schlechten Jobs

6

„Jede Arbeit ist besser als keine Arbeit“, „Sozial ist, was Arbeit schafft“ – diese Vorstellungen lagen den Hartz-Gesetzen und der „Agenda 2010“ der rot-grünen Regierung zugrunde. „Eineinhalb Millionen mehr Menschen in Arbeit durch die Arbeitsmarktreformen“, so bejubelte die große Koalition die neuesten Daten der *Bundesagentur für Arbeit* im Sommer 2008.

In der Tat hat schon im Herbst 2007 die Anzahl der Erwerbstätigen erstmals die 40-Millionen-Grenze durchbrochen. Die offizielle Zahl der gemeldeten Arbeitslosen sank von ihrem Höchststand bei über fünf Millionen Anfang 2005 in Richtung drei Millionen im Sommer 2008. Jetzt in der Krise hat sich diese scheinbar erfreuliche Entwicklung umgekehrt. Die OECD erwartet in ihrer Frühjahrsprognose 2009 einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland auf fünf Millionen – ausgerechnet für das „Agenda-Jahr“ 2010! Bis dahin nämlich hatte der

damalige Kanzler Schröder die Halbierung der Arbeitslosigkeit auf zwei Millionen angekündigt.

Im „Agenda-Jahr“ 2010 droht die offizielle Arbeitslosigkeit auf fünf Millionen anzusteigen.

### Prekäre Arbeitsmarktentwicklung

Auch unabhängig von den düsteren Aussichten: Von den guten Nachrichten vom Arbeitsmarkt bleibt bei genauerem Hinsehen kaum etwas übrig. In jedem Aufschwung gibt es mehr Beschäftigung. Allerdings war der Beschäftigungsaufbau mit 1,6 Millionen im Aufschwung 2003 bis 2008 geringer als noch im Aufschwung davor: 1997 bis 2001 betrug der Zuwachs fast zwei Millionen.

Der viel bejubelte Beschäftigungszuwachs kam nicht durch die Schaffung von normalen Vollzeitstellen zustande. Zwischen 2003 und 2008 hat die Anzahl von unbefristeten, sozialversicherten Vollzeitjobs sogar um fast eine Million abgenommen.

Im Aufschwung haben viele nur eine prekäre Beschäftigung gefunden: unsicher, wenig Stunden, schlecht bezahlt.

Geboomt haben dagegen die verschiedenen Formen von schlechter Arbeit: Ein-Euro-Jobs plus 300.000, Mini-Jobs plus 500.000, alle möglichen Formen von neuer (Schein-)Selbständigkeit plus 400.000. Auch die Teilzeitquote hat weiter zugenommen: Ein Drittel aller Beschäftigten arbeiten Teilzeit, 1996 waren es gerade einmal gut 20 Prozent. Bei der Leiharbeit gab es ebenfalls eine massive Zunahme um 400.000 auf zweifache insgesamt 800.000. Viele der in Leiharbeit Beschäftigten haben jetzt als erste ihren Job verloren.

### 1,6 Millionen mehr Jobs – aber was für welche? Veränderung der Erwerbstätigenzahlen von 2003 bis 2008



Immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben. Die Zahl der normal, nicht in Leiharbeit tätigen Vollzeitbeschäftigten sank seit der Verkündung der „Agenda 2010“ um fast eine Million.  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, gerundet auf 100.000

### Statistik macht die Zahlen schöner

Die Statistik über die offiziell Arbeitslosen ist nur noch bedingt aussagekräftig. Immer mehr faktisch Erwerbslose werden nämlich nicht mehr als arbeitslos gezählt: geringfügig Beschäftigte, Rentnerinnen und Rentner über 58 Jahre, Ein-Euro-Jobber, Menschen in Weiterbildungswarteschleifen und Beschäftigte, die so wenig verdienen, dass sie zusätzlich Arbeitslosengeld II beziehen. Trotz Arbeit reicht für die meisten von ihnen das Einkommen nicht zum Leben aus. Eigentlich bräuchten sie mehr Arbeit und vernünftig bezahlte

Arbeitsplätze. Als arbeitslos werden sie dennoch nicht gezählt.

**Viele Arbeitslose tauchen in der offiziellen Statistik gar nicht mehr auf!**

### „Agenda 2010“ heißt Lohndumping

Die „Agenda 2010“ hat den Aufschwung nicht ausgelöst, sondern ihn vielmehr ausgebremst. Die neu entstandenen Jobs sind viel zu schlecht bezahlt, um eine Belebung des privaten Konsums zu bewirken. Die Regierung hat durch entsprechende Gesetze immer mehr Menschen in befristete Jobs, Minijobs und Leiharbeit gedrängt, um Druck auf die Lohnkosten auszuüben. Auch Erwerbslose wurden mit dem Arbeitslosengeld II unter Druck gesetzt, weil sie jeden Job annehmen müssen. So sollten die „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ und die deutschen Exporte immer weiter gesteigert werden. Die Kehrseite davon ist eine ausgeprägte Schwäche der Binnennachfrage.

### Maxi Krise – mini Konjunkturpakete

Wachstum und Binnennachfrage wurden zusätzlich geschwächt, weil der Staat auf der Bremse stand. Die rot-grüne und die schwarz-rote Regierung haben massiv bei Sozialausgaben, öffentlichen Leistungen und den Beschäftigten im öffentlichen Dienst gekürzt. Gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt wurden die Ausgaben seit 2003 um etwa 100 Milliarden Euro reduziert.\* Hier sind riesige Lücken bei der Zukunftsvorsorge gerissen worden.

Angesichts dessen und der Tiefe der Krise sind die bislang beschlossenen beiden Konjunkturprogramme viel zu klein und nicht effektiv. Nachweislich sind direkte Investitionen des Staates die wirkungsvollste Möglichkeit, die Wirtschaft zu stützen und schnell für neues Wachstum zu sorgen. Doch gerade hier kleckert die Bundesregierung: Im Konjunkturpaket I waren für 2009 und 2010 zusammen nicht einmal drei Milliarden Euro für die Erhöhung oder die Unterstützung von Investitionen vorgesehen. Der größte Teil fließt in Steuererleichterungen, davon der Löwenanteil in steuerliche Entlastungen für Unternehmen. Auch das Konjunkturpaket II ist sowohl vom Umfang als auch von der Ausrichtung her unzureichend.

**Lohn- und Sozialdumping haben die Binnennachfrage stranguliert und so den Aufschwung geschwächt und abgewürgt.**

Gerade einmal jeweils knapp neun Milliarden Euro sind 2009 und 2010 für Zukunftsinvestitionen des Staates vorgesehen. Das sind jährlich nur 0,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Der Wachstumseffekt der Konjunkturpakete in den USA ist mehr als doppelt so groß.

**Konjunkturpaket I + II: zu klein, zu wenig effektiv, falsche Schwerpunkte und sozial ungerecht!**

Damit es nicht noch schlimmer kommt als befürchtet, ist entschlossenes und kraftvolles Handeln des Staates dringend erforderlich. Dazu gehört vor allem Einsicht und Bereitschaft zu einem Richtungswechsel. Der bisherige Exportweltmeister muss sich dem Binnenmarkt zuwenden. Dazu bedarf es neben einem deutlichen Anstieg bei den Löhnen und Gehältern dauerhafter Mehrausgaben für deutlich mehr Personal vor allem im öffentlichen Bildungs- und Gesundheitswesen.

\* Vgl. „Genug gespart! Öffentliche Leistungen stärken“ und „Konzept Steuergerechtigkeit. Gerechte Steuern für mehr Zukunftsvorsorge“, [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)



## Finanzmärkte – völlig losgelöst ?

Die Finanzmärkte sind viel schneller gewachsen als die Weltwirtschaft. Heute stehen dem jährlich neu produzierten Strom von Gütern und Dienstleistungen viermal so große Ansprüche durch das aufgeblähte Finanzvermögen gegenüber.

Immer mehr Geld dreht das Anlagen- und Spekulationskarussell immer schneller. Anfang der 1970er Jahre dienten 95 Prozent der Transaktionen auf den Weltfinanzmärkten der Realwirtschaft. Fünf Prozent waren Spekulation. Nach der Jahrtausendwende war es genau umgekehrt.

Die Finanzmärkte dienten ursprünglich vor allem der Finanzierung von Investitionen. Diese Funktion wurde immer mehr durch die Spekulation überlagert. Zum einen war die Investitionstätigkeit nicht mehr so hoch wie in früheren

Jahrzehnten: In den 1970er Jahren nahmen die Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge und Bauten im Durchschnitt noch um fast sieben Prozent jährlich zu. Seit den 1990er Jahren sind es im Schnitt weniger als zwei Prozent. Zum anderen gibt es durch die Umverteilung von unten nach oben immer mehr Reiche, die auf den Finanzmärkten möglichst hohe Renditen für ihre Anlagen erzielen wollen.

### Umverteilung

Die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung hat in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. Über eine halbe Billion Euro wurde den Beschäftigten in den letzten zehn Jahren durch Umverteilung

von unten nach oben vorenthalten. Immer mehr Menschen müssen heute für Hunger- und Niedriglöhne arbeiten. Rechnet man die Steuer-geschenke des Staates an Unternehmer und Reiche dazu, ist man bei einer Billion Euro. Die Umverteilung ist nicht nur ungerecht – sie schränkt zusätzlich die wirtschaftliche Entwicklung ein und lenkt zu allem Überfluss auch noch Geld auf die Finanzmärkte.

**! Eine Billion Euro fehlt uns, fehlt den Beschäftigten allein in Deutschland. Die „Agenda 2010“ hat so zur Aufblähung der Finanzmärkte mit beigetragen.**

Auch in vielen anderen Ländern sind die Einkommen der Beschäftigten nicht im Gleichschritt mit der wirtschaftlichen Entwicklung gestiegen. Diese weltweite Umverteilung war eine wesentliche Grundlage für die Finanzmarktkrise.

### Private Rente

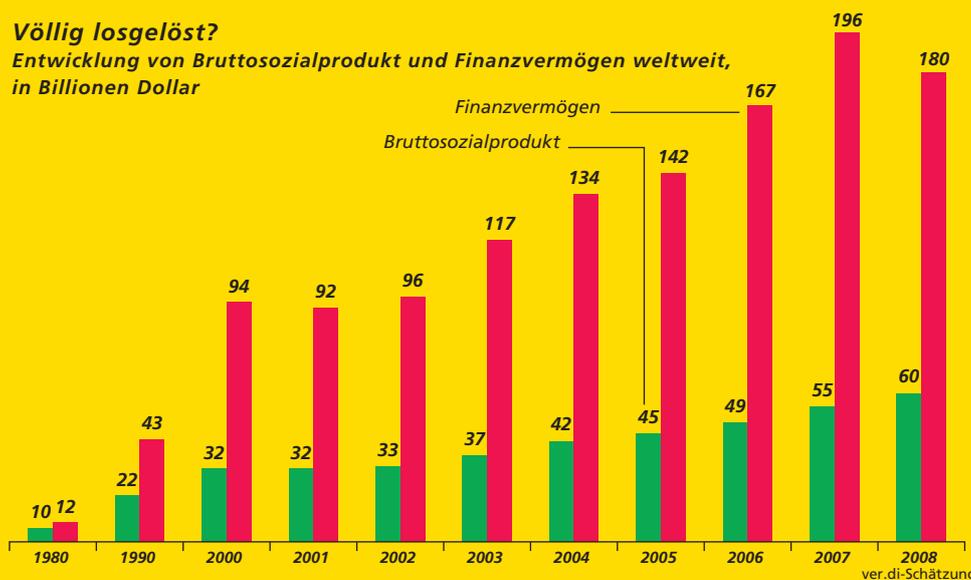
Sparen und privat für das Alter vorsorgen. Das haben uns „Versicherungsexperten“ als Allheilmittel gegen die Folgen von alternden Gesellschaften verkauft. Fast alle Politiker haben es munter nachgeplappert und unsere gesetzliche Rente schwer beschädigt.

Die gesetzliche Rente ist paritätisch und umlagefinanziert: Die jeweils heute Beschäftigten und die Arbeitgeber versorgen über ihre Beiträge die jeweiligen Rentnerinnen und Rentner. Bei diesem Verfahren braucht kein Vermögen aufgebaut und auf die Kapitalmärkte gebracht werden.

Für die private Rente müssen Menschen zusätzlich sparen, das heißt: ihr Geld in Fonds anlegen oder Versicherungen abschließen.

### Völlig losgelöst?

Entwicklung von Bruttonozialprodukt und Finanzvermögen weltweit, in Billionen Dollar



Der weltweit jährlich geschaffene Reichtum ist heute sechsmal so groß wie 1980. Das angelegte Finanzvermögen ist im gleichen Zeitraum viel schneller gewachsen – fast um das 15-Fache wurde es aufgebläht.

Quelle: McKinsey, Mapping Global Markets, Oktober 2008

Mehr als ein Viertel des weltweit angelegten Vermögens steckte 2007 in Pensionsfonds. Bisher war die private Altersvorsorge vor allem in angelsächsischen Ländern verbreitet. Durch Rentenkürzung und Riester sind nun auch bei uns die Menschen darauf verwiesen, einen Teil der Rente privat anzusparen. Ob es tatsächlich zu den erwarteten Rentenauszahlungen kommt, ist ungewiss. So ungewiss wie die Entwicklung auf den Finanzmärkten. Schon nach der letzten Finanzkrise, der New-Economy-Krise, waren viele Rentnerinnen und Rentner in den USA gezwungen, sich wieder einen Job zu suchen.

**Auch die private Altersvorsorge leistet einen Beitrag zur Aufblähung der Finanzmärkte.**

### Hohe Devisenreserven

Die zeitweise riesigen Preissteigerungen bei Rohstoffen, vor allem beim Öl, haben manchen Ländern hohe Deviseneinnahmen beschert. Auch China hat mit hohen Exportüberschüssen gigantische Devisenreserven angehäuft. Ein Teil des Geldes ist in eher sicheren Staatsanleihen angelegt – so vor allem die bei der chinesischen Zentralbank liegenden Dollarreserven. Ein anderer Teil wird weltweit in möglichst profitable Finanzanlagen gesteckt und hat ebenfalls zur Geldschwemme auf den Finanzmärkten beigetragen.

In anderen Ländern, zum Beispiel neuen EU-Mitgliedern wie Ungarn und den baltischen Ländern, wurde die wirtschaftliche Entwicklung mit Kreditaufnahme in ausländischen Währungen finanziert. Jetzt in der Krise wachsen die Probleme bei der Tilgung der Kredite und Staatsbankrotte drohen.

### Das Casino hebt ab

Umverteilung, Privatisierung sozialer Sicherung und globale Ungleichgewichte haben immer mehr Geld auf die Finanzmärkte gespült. Je mehr Geld auf der Suche nach lukrativen Anlagen und immer höheren Renditen ist, desto größer die Tendenz zur Verselbständigung der Finanzsphäre gegenüber der Realwirtschaft. Desto größer der Druck, immer neue Anlageformen und Finanz„produkte“ zu erfinden. Die Nachfrage nach einem solchen „Produkt“ treibt seinen Preis hoch, so wird es erst recht interessant als Anlageobjekt. So lange die Nachfrage anhält, boomt der Markt. Es entsteht eine Blase, weil alle sich eine goldene Nase verdienen wollen. Sobald Zweifel über den hohen Preis entstehen, wechseln erst einige in andere Anlagen. Schließlich flüchten alle wie Lemminge und die Blase platzt.

### Credit Default Swaps (CDS) – Kreditausfallversicherungen

*Was ist das? Wie hat man sich das vorzustellen?*

*Eine Bank leiht einem Unternehmen Geld und überlegt anschließend, wie das Risiko des Kreditausfalls reduziert werden kann. Da kommt jemand und bietet eine CDS an. Für den Fall, dass der Kreditnehmer nicht mehr zahlt, übernimmt die Versicherung sagen wir 20 Prozent des Kreditausfalls.*

*Prima, sagt die Bank, das mach ich. Prima sagt der Kreditausfallversicherer, jetzt habe ich laufende Einnahmen in Gestalt der Versicherungsprämien und kaum ein Risiko, dass der Kreditnehmer ausfällt. Darauf nehm ich einen Kredit auf. Oder besser noch: Ich verkaufe den CDS, ich fange an, damit zu handeln.*

**Finanzmärkte wurden zum Spielcasino für Reiche. Jetzt lösen sich Milliardenwerte in Luft auf.**

Genau solche Blasenbildungen haben vielfach stattgefunden, zum Beispiel auf dem US-amerikanischen Häusermarkt. Die Blasenbildung wurde noch verschärft, weil Anleger immer mehr auf Kredit spekulierten. Und weil einfallsreiche Spezialisten immer neue Papiere erfanden: Derivate, die von Derivaten, die von Derivaten, die von Derivaten abgeleitet waren. Papiere, die so kompliziert sind, dass kaum einer verstand, was darin steckt. Wie bei einem Schneeballsystem hat das Spiel eine Weile funktioniert. Doch jetzt ist die Lawine ins Tal gerauscht. Und faule Papiere lagern weltweit in den Büchern von Banken. Aber auch bei Pensionskassen oder Versicherungen.

*Prima sagt jemand, da bietet mir jemand einen CDS an. Da habe ich laufende Einnahmen und wahrscheinlich nie ein Risiko des Ausfalls. Das mach ich. Darauf nehm ich einen Kredit auf. Oder besser noch: Ich verkaufe den CDS weiter. Oder noch besser: Ich mische ihn mit anderen CDS und verkaufe die Mischung. Prima, sagt jemand, da wird mir eine Mischung von CDS angeboten. Da hab ich laufende Einnahmen und ein sehr überschaubares Risiko des Kreditausfalls. Das mach ich. Darauf nehm ich einen Kredit auf. Oder besser: Ich verkaufe die Mischung. Oder noch besser: Ich mische die Mischung mit anderen Mischungen und verkaufe das gebündelte Bündel von Mischungen. Prima sagt da jemand...*

## Das Casino explodiert

Die Finanzmärkte sind zum Spielcasino für Reiche geworden. Auslöser der Finanzmarktkrise war schließlich der Zusammenbruch des US-amerikanischen Marktes für zweitklassige Hypotheken: Jahrelang waren immer mehr Menschen immer abenteuerlichere Hypothekenkonstruktionen aufgedrängt worden. Immobilienmakler waren wie Drückerkolonnen unterwegs, die man bislang nur von Zeitungsabos her kannte.

### Deregulierung, Umverteilung und Gier

Zur Wucht der Spekulationswelle trugen die Gier, der Größenwahn und die teilweise kriminelle Energie von Managern des Finanzsektors bei. Deren Treiben konnte aber erst durch die massive Deregulierung der Finanzmärkte und eine riesige Umverteilungspolitik systembedrohende Dimensionen annehmen. Konkret: Die Umverteilung von den Löhnen zu den Gewinnen und die Privatisierung der Rentensysteme. Und die Besitzer dieser

Finanzvermögen wie die Manager der Pensionsfonds wollten Rendite sehen. Hohe Renditen! 25 Prozent pro Jahr nennt der Chef der Deutschen Bank Josef Ackermann 2004 als Zielmarke. Auch jetzt noch in der Krise. Lernfortschritt gleich Null.

Immer mehr Kapital suchte nach Anlage. 25 Prozent halten Finanzjongleure für normal – irre!

Der „Druck der Anleger“ trieb die Finanzmanager zu immer riskanteren Spekulationen. Auch deutsche Großbanken, öffentliche Landesbanken, Versicherungen und ihre jeweiligen Kapitalanlagegesellschaften haben sich hieran intensiv beteiligt. Immer weiter hat man sich dabei von der originären

Aufgabe der Verwaltung der Spareinlagen und dem Kreditgeschäft entfernt. Immer stärker wurde ins spekulative „Wert“papiergeschäft eingestiegen. Der kleine Kunde und Sparer war nur noch lästig, „Investmentbanking“ war modern. Anders konnte man die hohen Renditevorgaben auch gar nicht erfüllen. Kreditpakete von anderen Banken – geschnürt aus den Hypothekenkrediten der amerikanischen Häuslekäufer und -bauer – wurden gekauft, neue zusammengestellt und alles als innovative Finanzprodukte vertrieben. Gegen hohe Provisionen wurden „Wert“papiere amerikanischer Finanzhäuser wie Lehman Brothers unter wohlklingenden Namen wie „Airbag Outperformance“ oder „Step-Up Express“ an die Kundinnen und Kunden gebracht.

Die Spekulation mit allen möglichen Finanzpapieren hat die Kurse in völlig unrealistische Höhen getrieben.

### Kernschmelze auf den Finanzmärkten

Diese Spekulation ist zusammengebrochen, und die Folgen sind unabsehbar. Im Kleinen wie im Großen. Viele Menschen stehen plötzlich vor einem finanziellen Scherbenhaufen. Auch die, die dachten, sie hätten mit Spekulation überhaupt nichts am Hut. Aber sie hatten sich angeblich todsichere Papiere mit riesigen Renditeversprechungen andrehen lassen. Auch Finanzinvestoren, die ihre aufgenommenen Kredite aus steigenden Vermögenserträgen bedienen wollten, geraten in Schwierigkeiten und mit ihnen die kreditgebenden Banken.

#### Chronologie der Zusammenbrüche

**April 2007:** Das erste prominente Opfer wurde der US-Hypothekenfinanzierer New Century Financial. Verlust: rund 450 Millionen Dollar.

**Juni 2007:** Die Düsseldorfer IKB Industriebank räumt als erstes deutsches Kreditinstitut Verluste ein. Die Hauptanteilseignerin, die staatliche KfW-Bank, stellt 8,1 Mrd. Euro zur Verfügung.

**August 2007:** Die in Schieflage geratene SachsenLB wird an die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) verkauft.

**Januar 2008:** Die von der Pleite bedrohte US-Bank Countrywide wird für vier Milliarden Euro von der Bank of America übernommen.

**März 2008:** Die fünftgrößte US-Investmentbank Bear Stearns bricht zusammen und wird von der US-Bank JP Morgan Chase übernommen.

**Juli 2008:** Die Hypotheken- und Bausparbank IndyMac wird geschlossen.

**September 2008:** Die beiden größten Baufinanzierer in den USA Fannie Mae und Freddie Mac werden wegen drohenden Bankrotts verstaatlicht.

**September 2008:** Die US-Investmentbank Lehman Brothers ist pleite, Merrill Lynch wird verkauft.

**September 2008:** Beinahezusammenbruch der deutschen Hypo Real Estate; Notfallkredite in Höhe von 35 Mrd. Euro. Bis zum Frühjahr 2009 wurden insgesamt über 100 Milliarden Euro bereitgestellt.

**Der Markt für Kreditpakete trocknet aus, der Umfang „fauler“ Kredite nimmt rasant zu.**

Eine allgemeine Verunsicherung ist die Folge. Keiner traut mehr keinem. Selbst die Banken untereinander nicht. Hieran haben auch die Beteiligungen, Bürgschaften und Kredite der Bundesregierung in Höhe von knapp 500 Milliarden Euro kaum etwas geändert. Obwohl die staatlichen Garantien den Kreditfluss wieder in Gang bringen sollten, sind für viele Unternehmen Kredite deutlich verteuert und schwerer zu bekommen.

#### Wer zahlt die Zeche?

Für die Banken steht nicht die Aufrechterhaltung und Stabilisierung des Kreditsystems im Vordergrund. Vielmehr geht es ihnen um die möglichst günstige Abwicklung und Übertragung ihrer Spekulationsverluste an den Staat.

Deshalb unterstützen sie auch Forderungen nach einer sogenannten „Bad Bank“. Die soll zu Lasten des Steuerzahlers alle faulen Kredite der Banken übernehmen. Bis zu 1.000 Milliarden Euro solcher faulen Kredite könnten in den Büchern stecken. Das Eigenkapital der Banken beträgt dagegen nicht einmal 400 Milliarden Euro. Nimmt der Staat ihnen ihre Verluste ab, sehen die Bilanzen wieder gut aus. Die Banken könnten wieder munter ihr Geschäft betreiben.

**Bad Bank heißt: Sozialisierung der Verluste. Nicht mit uns!**

#### Keine Sozialisierung der Verluste

Besser und letztlich billiger ist es, den Banken staatliche Kapitalspritzen zu geben – aber nicht ohne Gegenleistung: Geld darf es nur gegen Beteiligung geben. Klare Pleitekandidaten würden so direkt in öffentliches Eigentum überführt. Dann würden nicht nur die Verluste sozialisiert, sondern auch spätere Gewinne. Vor allem aber bekämen wir als Steuerzahler Einfluss und Mitsprache: Wir wollen Beschäftigungsgarantien und wir wollen, dass Banken wieder zu fairen Bedingungen Kredite vergeben.

**Aufgabe des Staates muss es sein, die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit zu gewährleisten.**

In der Krise haben sich Sparkassen und Genossenschaftsbanken am besten als Krisenanker bewährt. Sie und die staatliche KfW sind eine Stütze gerade für die Kreditvergabe an kleine und mittelständische Betriebe. Die Versorgung der Wirtschaft mit Kredit, die Gewährleistung eines reibungslosen Zahlungsverkehrs und die Sicherung der Spareinlagen der Menschen sind die Grundfunktionen des Finanzsystems. Sie müssen staatlich garantiert werden.



\* Hedge-Fonds, Private-Equity-Fonds und REITs haben wir genauer in der Broschüre „Finanzkapitalismus. Geldgier in Reinkultur“ beschrieben, vgl. [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)

## Politik schafft Spielregeln ab

Mit dem Platzen der Finanzblase liegt das Kind im Brunnen.

Warnungen gab es genug. Sie wurden nur sträflich überhört. Bis zur aktuellen Finanzkrise wurde die Deregulierung der Finanzmärkte mit Elan vorangetrieben. Hier gibt es eine Kontinuität von der Regierung Kohl über die Regierung Schröder bis zur Regierung Merkel. Es herrschte das Bild vor, die Finanzmärkte seien das Schmiermittel der Produktionswirtschaft: Je ungehemmter sie agieren können, desto besser. Deshalb hat die Politik – den Wünschen der Finanzbranche folgend – eine Restriktion nach der anderen gelockert.

**Finanzmärkte gelten als Schmiermittel für die Wirtschaft. Dazu braucht es enge Regeln. Sonst droht der Motorschaden.**

Inzwischen hat der Staat eine Rolle in der Wirtschaft übernommen, die noch vor kurzer Zeit kaum einer für möglich gehalten hätte. Schließlich ist es gar nicht so lange her, dass der endgültige Sieg der freien Märkte über den Staat, des Kapitalismus über den Sozialismus gefeiert wurde. Doch plötzlich betonen alle, dass der Markt klare Regeln braucht. Auch die, die gestern noch vor jeder Regulierung gewarnt hatten.

**Regulierungen wurden geschliffen**

In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg existierten noch sehr strenge Kapitalverkehrskontrollen. Bis 1994 wurden in allen OECD-Ländern die Kontrollen für den grenzüberschreitenden Kapitalfluss aufgehoben. In Deutschland waren 1981 unter dem damaligen SPD-Kanzler Schmidt die restlichen noch bestehenden Beschränkungen gefallen.

Fortan ging es vor allem ums Fördern von Finanzinvestoren. Dabei war zunächst die Regierung Kohl besonders aktiv. Mit der Börsengesetznovelle von 1989 wurde die Spekulation mit Wertpapieren und Edelmetallen erleichtert. Im sogenannten Terminhandel konnte nun auch auf den zukünftigen Preis von Gold oder Schweinehälften gewettet werden.

**Politiker nahmen eine Regulierung nach der anderen zurück. So wurden die Finanzmärkte immer dominanter.**

Weiter ging es mit drei „Finanzmarktförderungsgesetzen“ zwischen 1990 und 1998. Die Förderung reichte von der Streichung der Börsenumsatzsteuer über die Zulassung von reinen Geldmarktfonds bis hin zur Erlaubnis, dass auch Investmentgesellschaften mit Termingeschäften spekulieren dürfen. Die Regierung Schröder legte dann im vierten Finanzmarktförderungsgesetz nach: Die Anforderungen für den börslichen Handel wurde gelockert, die Anlagemöglichkeiten für Finanzinvestoren erweitert und der Handel mit Derivaten auch im Immobilien-geschäft erlaubt.

**Die Branche jubilierte**

Die Regierung sah tatenlos zu, wie Hedge-Fonds\* mittels riesiger Kredite auf den Finanzmärkten spekulierten und so ihr Kapital zu vermehren versuchten. Statt sie sofort als Quasi-Banken der Bankenaufsicht zu unterstellen, wurden die Hedge-Fonds von der rot-grünen Regierung 2004 im „Investmentmodernisierungsgesetz“ auch in Deutschland zugelassen. Der Finanzplatz Deutschland müsse weiter gestärkt werden, so die Begründung.

Bereits zuvor hatte der damalige Finanzminister der rot-grünen Koalition Hans Eichel mit der Steuerreform 2000 nicht nur die Unternehmensteuer drastisch gesenkt. Hinzu kam ein besonderes, vor allem unerwartetes Geschenk für die Finanzbranche: Auf Gewinne aus dem Verkauf von Unternehmen oder Unternehmensteilen war fortan kein Cent Steuern mehr zu zahlen.

Gleichzeitig wurden für Private-Equity-Fonds – die Franz Muntefering als Heuschrecken bezeichnet hatte – Gewinne steuerfrei. Die Besteuerung erfolgt erst bei Gewinnausschüttung an die Kapitaleigner. Sitzen die im Ausland, schaut der deutsche Staat seitdem in die Röhre. Ähnliche Steuerprivilegien haben die deutschen Immobilienfonds REITs erhalten, die 2007 zugelassen wurden.

**I**n der Finanzbranche knallten ob dieser anhaltenden Begünstigungen immer wieder die Champagnerkorken.

Die Steuerfreistellung von Veräußerungsgewinnen stellt bis heute eine Einladung an Finanzinvestoren dar, sich reichlich in Deutschland zu bedienen. Ohne dieses nachhaltig wirkende Steuer Geschenk der rot-grünen Regierung würde sich so manche Übernahme nicht lohnen. Nicht nur beim Kauf würden Steuern fällig. Auch ein anschließendes Filetieren des Unternehmens wäre wegen weiterer Steuern auf Gewinne beim Verkauf weniger lukrativ.

#### Wohllöblich und tatenlos

Banken haben sogenannte Zweckgesellschaften gegründet, in die sie Kredite und Kreditgeschäfte auslagerten und damit Risiken aus der Bilanz verschwinden ließen. Durch die Freistellung dieser Gesellschaften von der Gewerbesteuer wurde dies 2003 vom damaligen Finanzminister Eichel begünstigt. Ganz legal konnten die Banken so außerhalb der Bilanzen Spekulationsgeschäfte betreiben. Die Aufsichtsräte waren nicht im Bilde. Ein Skandal! So konnten vorgegebene Grenzen bei der Kreditvergabe überschritten werden. Eigentlich sollten diese Grenzen das Risiko reduzieren. Geleitet von der Deregulierungsideologie wurde jedoch selbst gegen diese offensichtlichen Bilanztricks nichts unternommen. Die Bankenaufsicht und die Politik sahen keine Veranlassung einzugreifen. Im Gegenteil: Man sah diese Entwicklung wohllöblich als Teil der notwendigen nachholenden Modernisierung des Finanzplatzes Deutschland.

*Zur Förderung des deutschen Verbriefungsmarktes hat die Bundesregierung bereits eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Um es Kreditinstituten zu erleichtern, Kreditforderungen zu verbrieften, wurden Zweckgesellschaften, die von Kreditinstituten Kreditforderungen übernehmen und verbrieften, gewerbesteuerrechtlich den Banken gleichgestellt.*

*Antwort der rot-grünen Bundesregierung 2005 auf eine Anfrage der CDU/CSU mit den Unterschriften von Merkel und Glos*

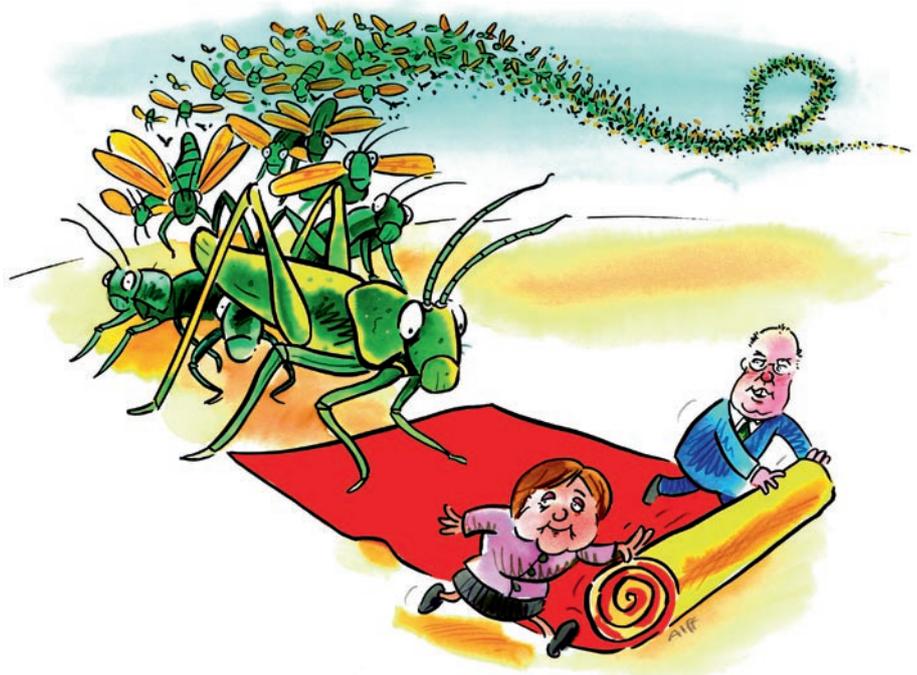
#### Die Förderung ging weiter – bis zuletzt

Damit nicht genug: Noch im August 2008 trat das Gesetz zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen (MoRaKG) in Kraft. Damit gibt es weitere Steuerprivilegien für Finanzinvestoren. Unter anderem werden Private-Equity-Fonds bei Einhaltung bestimmter Voraussetzungen als rein vermögensverwaltend eingestuft. Obwohl dies im Widerspruch zu ihrer offensichtlich gewerblichen Tätigkeit steht. Auch Verluste können nun noch besser steuermindernd eingesetzt werden.

Als Begründung muss herhalten, dass damit Wagniskapital für junge Unternehmen besser mobilisierbar sei. Tatsächlich handelt es sich eher um ein „Private-Equity-Förderungsgesetz“.

So wurden die Finanzmärkte Stück für Stück liberalisiert und gleichzeitig das Feld für Finanzinvestoren bereitet. Und so eine der Grundlagen für die Blase an den Finanzmärkten gelegt.

**I** aufblähen und Zerplatzen der Finanzblase war kein Zufall, sondern Folge falscher politischer Weichenstellungen.



## Globale Ungleichgewichte

In der Vergangenheit hatten sich immer stärkere Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft herausgebildet. Länder wie Deutschland, China und Japan verzeichnen seit langem riesige Leistungsbilanzüberschüsse. Das heißt, sie exportieren viel mehr Waren und Dienstleistungen als sie im Gegenzug aus dem Ausland importieren. Sie leben damit unter ihren Verhältnissen. Das funktioniert nur, wenn andere Länder umgekehrt mehr importieren als exportieren, also über ihren Verhältnissen leben. Dies betrifft insbesondere die USA mit einem Leistungsbilanzdefizit von knapp 700 Milliarden Dollar im Jahr 2008. In wesentlich kleinerem Ausmaß folgen Spanien, Großbritannien, Australien und Italien. Dauerhaft mehr Importe als Exporte bedeutet: Es sammeln sich immer mehr Schulden gegenüber dem Ausland an.

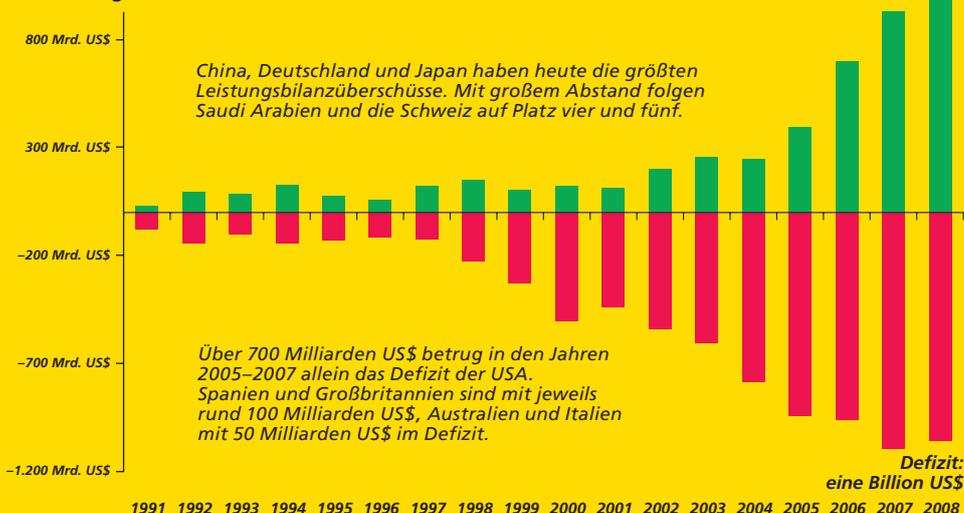
Die USA sind inzwischen die größte Schuldernation der Welt.

### Kapitalbedarf steigt rasant

Auch der amerikanische Staatshaushalt ist seit langem hoch verschuldet. Vor allem wegen massiver Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen sowie hoher Militärausgaben der Bush-Regierungen. In dieser Ära stieg die Staatsverschuldung um über 500 Milliarden Dollar pro Jahr. Um dieses Defizit zu finanzieren, ist die US-Regierung auch auf Gelder aus dem Ausland angewiesen.

Die amerikanischen Haushalte haben im Durchschnitt in der Vergangenheit praktisch nichts gespart – die gesamtwirtschaftliche Sparquote lag lange Zeit fast bei Null. Hinter der Null verbirgt sich dabei eine gigantische Umverteilung. Viele US-Bürgerinnen und -Bürger sind erheblich reicher geworden und sparen einen Teil ihres Einkommens. Auf der anderen Seite haben sich viele massiv verschuldet. Das liegt nicht nur an den inzwischen ebenso berühmt wie berüchtigt gewordenen Hypothekenschulden. Hinzu kommen Kreditkartenschulden in Höhe von knapp einer Billion Dollar und Auto- und andere Konsumentenkredite mit nochmal 1,5 Billionen Dollar. Es droht eine weitere Verschärfung der Finanzkrise, da auch diese Kredite sich – insbesondere bei steigender Arbeitslosigkeit in den USA – zunehmend als faul herausstellen.

### Globale Ungleichgewichte gigantisch gewachsen Die fünf größten Überschuss- und Defizitländer



Die Überschüsse sind vor allem bei den Exportjunkies Deutschland und China in den letzten Jahren extrem schnell gewachsen. Das funktioniert nur, wenn andere Länder Defizite machen und mehr im Ausland einkaufen als ins Ausland zu verkaufen.

Quelle: IWF

Von der schuldenfinanzierten Nachfrage der USA haben Exportländer wie Deutschland massiv profitiert. Damit ist nun Schluss!

### Und nun noch die Finanzmarktkrise...

Das Platzen der Preisblase auf dem Immobilienmarkt hat zur Überschuldung von Millionen US-amerikanischer Haushalte geführt. Plötzlich waren Häuser, die zur Absicherung von Hypotheken- und zusätzlichen Konsumentenkrediten dienten, dramatisch weniger wert. Folge: Die Banken streichen weitere Kredite und fordern Rückzahlungen. Die privaten Haushalte sind nun gezwungen ihre Verschuldung drastisch zurückzuführen und zu sparen. Bereits ein Anstieg der Sparquote auf vergleichsweise

niedrige fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts würde einen Nachfrageausfall in Höhe von rund 500 Milliarden Dollar bewirken. Dies hätte nicht nur entsprechend negative Auswirkungen auf die US-amerikanische Wirtschaft. Auch ein Rückgang der weltweiten Nachfrage der USA wäre die Folge.

Die US-Regierung versucht mit massiven Konjunkturprogrammen gegenzuhalten. Das treibt das Defizit in 2009 von zunächst geplanten 1,2 Billionen Dollar auf fast zwei Billionen Dollar hoch. Die Neuverschuldung wird von acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf über 13 Prozent ansteigen. Ein Ende ist vorerst nicht in Sicht: Nach Angaben des Rechnungshofes des US-Kongresses könnten bis 2019 die Defizite nahezu eine Billion Dollar jährlich betragen.

**Kredite ohne Ende?**

In den letzten Jahren hat die Wallstreet glänzende Geschäfte gemacht, indem den US-Bürgerinnen und -Bürgern Kredite ohne Ende angedient wurden. Das Geld wurde im Ausland beschafft – unter anderem mit immer neuen und vermeintlich innovativen und vor allem lukrativen „Finanzmarktprodukten“. Viele davon entpuppen sich nun für die ausländischen Geldgeber – darunter auch viele deutsche Banken – als Fehlinvestitionen.

Bislang konnte die US-Regierung über gut verzinste und vor allem sichere US-Staatsanleihen den notwendigen Finanzstrom aus dem Ausland sicherstellen.

**China ist mit rund 740 Milliarden US-Dollar oder knapp 25 Prozent der größte Eigner von US-Staatspapieren.**

**Wenn der nächste Rettungsversuch scheitert, dann könnte die Kreditwürdigkeit der USA in Frage gestellt werden.**

*Simon Johnson, Wirtschaftsprofessor am Massachusetts Institute of Technology (MIT) laut SPIEGEL vom 26. Januar 2009*

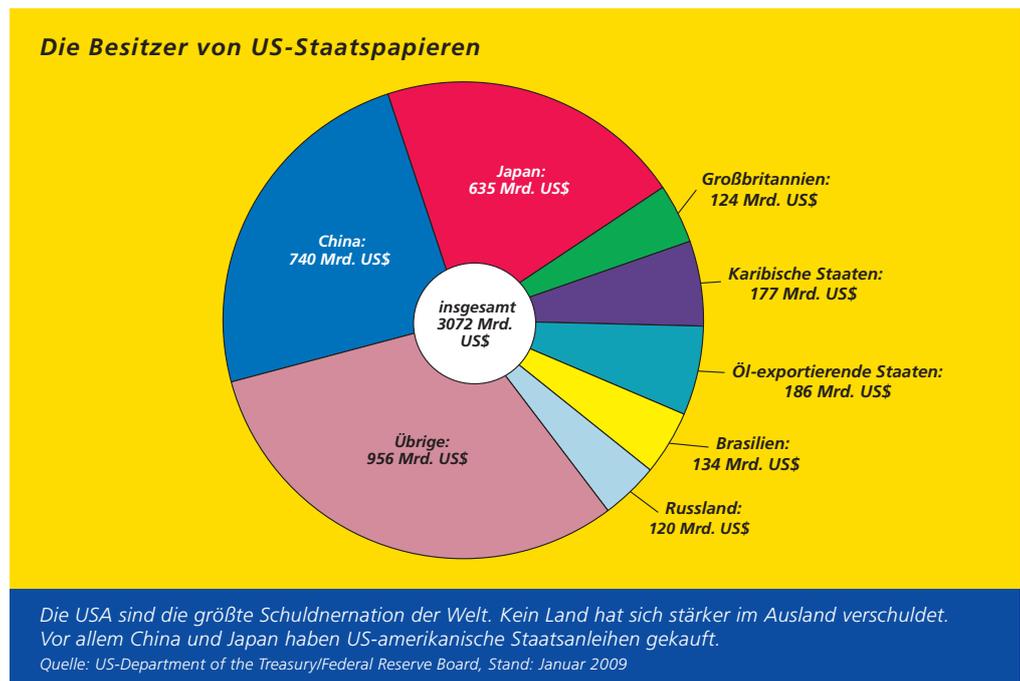
Problematisch wird es, wenn angesichts der hohen und weiter wachsenden US-Verschuldung und der gleichzeitigen hohen Leistungsbilanzdefizite Zweifel an der Kreditwürdigkeit der USA entstehen. Immer mehr Ökonomen sorgen sich bereits, dass der Finanzstrom in die USA nicht mehr wie bisher fließen könnte.

Immobilien anzulegen. Ein Wertverfall des Dollars wäre die Folge. Betriebe und Privatpersonen in den USA könnten sich für ihre US-Dollar weniger auf den Weltmärkten kaufen. Besonders exportorientierte Länder wie Deutschland und China würden dies noch stärker als bisher zu spüren bekommen.

**Weltkonjunkturlokomotive am Ende**

Bereits leichte Zweifel an der Kreditwürdigkeit der USA könnten eine verhängnisvolle Entwicklung auslösen. Ausländische Dollar-Anleger würden beginnen, ihre Gelder in anderen Währungen oder in wertbeständigen Gütern und

**Binnennachfrage stärken – Exportabhängigkeit verringern: Das muss für Deutschland die Lehre aus der Krise sein.**



## Exportweltmeister – Problem, nicht Lösung

Immer höhere Exporte in immer mehr Länder, dies ist die Strategie der deutschen Wirtschaftspolitik. Die Bundesregierung beharrt auf dieser Politik, obwohl hierdurch die globalen Ungleichgewichte und damit die gegenwärtige Krise massiv vorangetrieben wurde.

### Problem Exportweltmeister

Deutschland war immer schon ein exportorientiertes Land. Allerdings wurde dies in den letzten Jahren völlig überzogen. Der Exportüberschuss, also die Differenz zwischen Ex- und Importen von Waren und Dienstleistungen, schnellte bis 2007 mit 170 Milliarden Euro auf den höchsten Überschuss der Nachkriegszeit hoch. Seit 2000 wurden für insgesamt knapp eine Billion Euro mehr Waren und Dienstleistungen ins Ausland geliefert als von dort bezogen. Seit 2003 ist Deutschland sogar Exportweltmeister. Rund zehn Prozent der auf den

*Ein generelles Umsteuern der deutschen Volkswirtschaft lehne ich ab. Mein Ziel ist, dass das Land Exportweltmeister bleibt.*

*Angela Merkel in der ARD-Talkshow „Anne Will“ am 22. März 2009*

Weltmärkten gehandelten Waren kommen aus Deutschland.

**Der Sturz der Weltwirtschaft trifft den Exportjunkie Deutschland nun besonders hart.**

### Steigende Verschuldung des Auslands

Länder wie die USA, die seit langem weniger exportieren als importieren, haben ein Problem. Sie können die Importe nicht vollständig mit ihren Exporten bezahlen. Um den Importüberschuss finanzieren zu können, müssen sie sich bei Ländern verschulden, die einen Exportüberschuss aufweisen. Länder wie Deutschland, die Öl-

länder, Japan oder China. Und wie im Fall der USA von Jahr zu Jahr mehr. Damit wuchs der Strom von Schuldpapieren gewaltig an. Und mit diesem wurden auch immer mehr hochriskante Schuldpapiere gehandelt. Viele erweisen sich nun als mehr oder weniger wertlos.

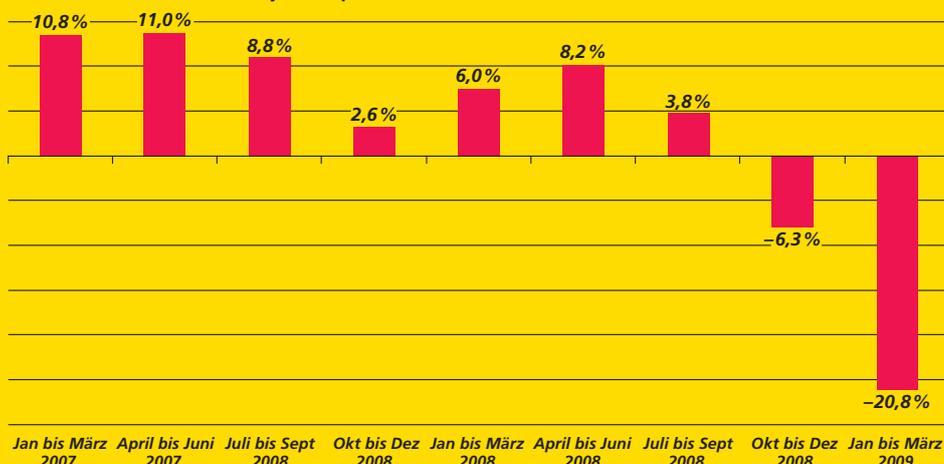
Mit dem Platzen der Kreditblase bricht die schuldenfinanzierte Nachfrage in Ländern wie den USA, aber auch Spanien, Großbritannien und vielen anderen Ländern zusammen. Absatzmärkte schrumpfen weltweit, die ganze Weltwirtschaft kommt ins Trudeln. Besonders betroffen sind Länder, die sich in hohem Maße von Exporten abhängig gemacht haben. Ganz vorne dabei der Exportjunkie Deutschland.

### Lohndumping

Um die „Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ weiter voranzutreiben, wurde der Druck auf die Lohnkosten immer mehr erhöht. Die Regierung drängte mit der „Agenda 2010“ mehr und mehr Menschen in befristete und prekäre Beschäftigung, in Minijobs und Leiharbeit. Durch das hierdurch bewirkte Lohndumping konnten deutsche Unternehmen immer mehr exportieren. Gleichzeitig kam die Kaufkraft im Lande nicht vom Fleck, die Binnennachfrage stagnierte. Jetzt, wo der Export zusammenbricht, wird dies besonders schmerzlich deutlich.

**Die Exporterfolge wurden mit einer verhängnisvollen Schwäche des Binnenmarktes erkaufte.**

**Exporte stürzen ab**  
Warenausfuhren zum Vorjahresquartal in Prozent



Die Exporte befinden sich im freien Fall. Um über 20 Prozent sind sie Anfang 2009 gegenüber dem Vorjahr abgestürzt. Im März hat sich der Absturz nicht weiter fortgesetzt. Offen ist, ob damit die Talsohle erreicht ist.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

**Der reaktionäre Weg**

Die deutschen Exportunternehmen werden in den geschrunpften weltweiten Absatzmärkten ihre Chance suchen. Da das Unternehmen in allen exportorientierten Ländern machen, wird der Konkurrenzkampf an Schärfe zunehmen. Im Innern wird dann der altbekannte Schlachtruf von der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ umso schriller ertönen. Es droht ein nochmals verschärfter Druck auf die Arbeitsbedingungen und die Löhne.

**! Es droht die „Agenda 2020“!**

Insbesondere eine schwarz-gelbe Regierung wird alles unternehmen um auf diese Weise die Rahmenbedingungen für „die deutsche Wirtschaft“ zu verbessern: Weitere Deregulierung, weiterer Druck auf die Arbeitslosen, erneute „Entlastung“ von Steuern und „Lohnnebenkosten“. Helfen würde das nicht – im Gegenteil! Eine Rückkehr zur alten Exportdynamik würde höchstens kurzfristig gelingen. Doch der Versuch würde mit weiteren massiven Einschnitten bei der Binnennachfrage erkaufte.

Zudem würden die Spannungen in der Euro-Zone weiter erhöht. Bereits in der Vergangenheit sind die Lohnkosten je produzierter Einheit in Deutschland viel langsamer gestiegen als bei unseren Nachbarn. So wurde die Wirtschaft der anderen Euro-Länder immer mehr niederkonkurriert. Sie können mit den deutschen Dumpingpreisen nicht mehr mithalten.

Daher werden Stimmen laut, die als Lösung einen Austritt einzelner Länder aus der Euro-Zone sehen.

**! Deutsches Lohndumping gefährdet die europäische Währungsunion.**

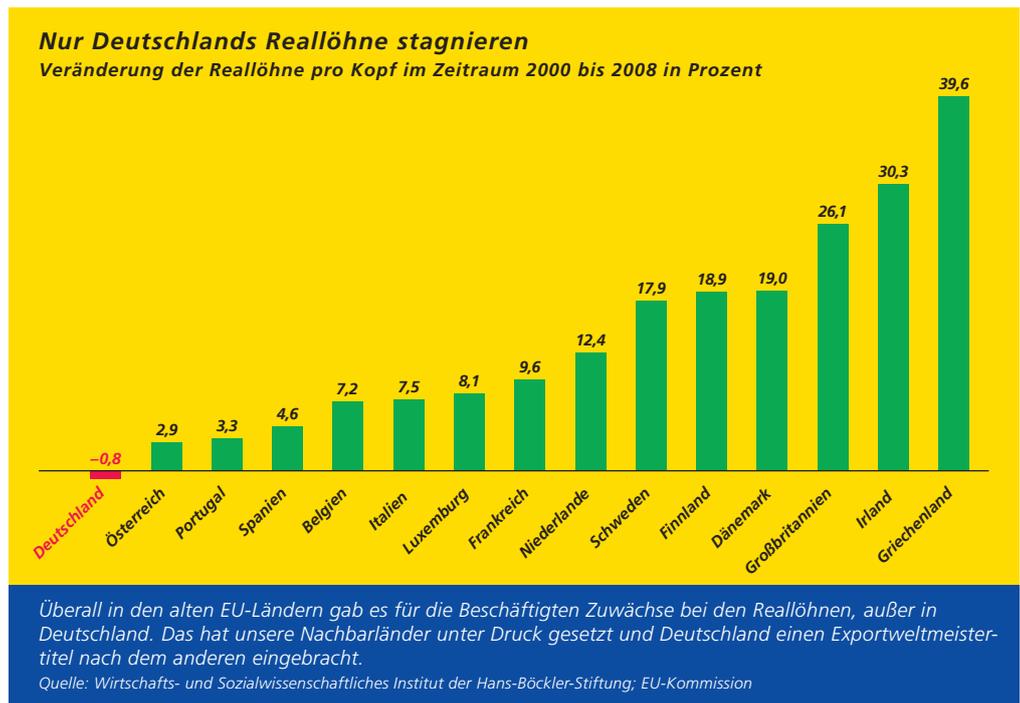
**Der fortschrittliche Weg aus der Krise**

Die Alternative heißt: Umverteilung von oben nach unten. Zum umfassenden Ausbau des privaten Konsums und der heimischen Dienstleistungen müssen vor allem die Löhne und der Sozialstaat gestärkt werden. Befristungen, Leiharbeit und Minijobs müssen massiv zurückgedrängt werden. Das Arbeitslosengeld II muss auf 435 Euro erhöht und ein Schutz vor unzumutbaren Jobangeboten eingeführt

werden. Vor allem brauchen wir endlich den gesetzlichen Mindestlohn, der mit 7,50 Euro beginnt und schnell neun Euro erreicht. Ein staatliches Investitionsprogramm in Höhe von 100 Milliarden Euro würde zwei Millionen Arbeitsplätze schaffen.

**! Binnennachfrage stärken ist das Gebot der Stunde.**

Eine solchermaßen gestärkte Binnennachfrage würde auch zu höheren Importen führen. Deutschland würde so einen Beitrag leisten, um die Kluft zwischen Im- und Exporten und damit das Ungleichgewicht im Außenhandel abzubauen.



## Finanzsystem öffentlich kontrollieren!

Wirtschaft und private Haushalte mit Kredit zu versorgen – das ist die zentrale Aufgabe der Banken und des Finanzsystems. Dieser Aufgabe werden sie in keiner Weise gerecht. Obwohl die Regierung genau das mit einem atemberaubenden 480 Milliarden Euro-Rettungsplan für die Banken sichern wollte.

### Kreditklemme droht

Für viele Betriebe sind in der Krise rückläufige Aufträge noch gar nicht das größte Problem. Häufig werden sie in die Knie gezwungen, weil die Banken den Geldhahn zudrehen. Oder Kredite zu teuer werden. So schlägt die Finanzmarktkrise auf die Betriebe durch, auf unsere Arbeitsplätze.

Über 40 Prozent der Firmen beklagen sich darüber. Die Regierung sorgt nicht mit hinreichenden Auflagen und Einflussnahme auf die Geschäftspolitik für den notwendigen Kreditfluss.

*Die Commerzbank hat über 18 Milliarden Euro vom Staat erhalten. Auch um die Übernahme der Dresdner Bank stemmen zu können. Wert war die Commerzbank da an der Börse nur noch knapp vier Milliarden Euro. Eigentlich müsste sie daher komplett in öffentliches Eigentum übergegangen sein. Tatsächlich gehören uns jetzt gerade einmal 25 Prozent. In die Hypo Real Estate wurden sogar schon über 100 Milliarden Euro gesteckt, bei einem Börsenwert von noch 200 Millionen. Eigentlich ist absurd, dass die Aktionäre im Zuge der „Enteignung“ der HRE noch etwas bekommen. Ohne die Staatsgelder wären ihre Aktien längst null Euro wert.*

*Die Aktionäre von HRE sind alle längst enteignet! Wissen Sie, durch wen? Durch den Markt.*

*Finanzminister Steinbrück in einer Rede am 24. April 2009*

*Bei der HRE geht es ökonomisch überhaupt nicht um „Enteignung“. Es geht darum, dass der Staat für Pleitiers einspringt, denen die Möglichkeit genommen werden muss, den Retter auch noch zu erpressen.*

*Financial Times Deutschland vom 18. Februar 2009*

Der Staat muss verhindern, dass gesunde Unternehmen in der Krise kaputt gehen, weil die Banken den Kredithahn zudrehen.

Wenn der Staat Geld der Steuerzahler einsetzt, um Banken zu retten, muss er dafür Eigentumsanteile erhalten. So kann Einfluss auf die Geschäftspolitik genommen werden. Dabei geht es vor allem um die faire Vergabe von Krediten an die Realwirtschaft und um Beschäftigungsgarantien. Sparkassen und Genossenschaftsbanken zeigen, wie Banken ihre Aufgaben wahrnehmen sollten. Verstaatlichung darf kein Tabu sein.

Keine finanzielle Hilfe ohne Gegenleistung. Für unsere Steuergelder wollen wir Anteile und Eigentümerrechte.

### Umfassende Regulierung

Alle Banken, Finanzmärkte und Finanzprodukte müssen streng und lückenlos öffentlich reguliert werden. Das hilft uns zwar nicht aus der aktuellen Krise, wirkt aber der Entstehung künftiger Krisen entgegen. Alle Geschäfte müssen vollständig in den Bilanzen der Banken erfasst werden, Zweckgesellschaften – also legalisierte schwarze Kassen – außerhalb der Bilanz darf es nicht geben. Die Eigenkapital-

anforderungen müssen so gestaltet werden, dass sie im Boom übermäßige Kreditvergabe erschweren und in der Krise Kreditvergabe begünstigen.

Das Spekulations-Casino muss geschlossen werden.

Undurchsichtige, hochriskante und rein spekulative Wertpapiere und Operationen wie Leerverkäufe und Kreditverbriefungen müssen unterbunden werden. Übrigens: Obwohl die Bundesregierung der Regulierung in das Wort redet, hat sie bislang noch keine einzige Deregulierung der letzten acht Jahre zurückgenommen.\*

Die Managervergütung muss in der Höhe begrenzt werden und darf keine Anreize für riskante Geschäfte zur kurzfristigen Profitmaximierung bieten. Die Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Aufsichtsräte müssen ausgeweitet werden.

### Besteuerung durchsetzen

Alle Börsenumsätze und Finanztransaktionen müssen einer Besteuerung unterzogen werden. Das bringt hohe Milliardeneinnahmen und macht zugleich kurzfristige Spekulationsgeschäfte unattraktiver.

\* Siehe Seite 12/13. Zu den Forderungen von ver.di siehe auch: Absturz der Finanzmärkte. Sofortprogramm von ver.di, Wirtschaftspolitische Informationen 7/2008, [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) und [www.fidi.verdi.de/branchenpolitik/finanzmarktkrise](http://www.fidi.verdi.de/branchenpolitik/finanzmarktkrise)

Geschäfte mit Steueroasen, in denen keine hinreichende Regulierung der Finanzgeschäfte stattfindet, müssen unterbunden werden.

**Finanzmärkte müssen wieder vom Herrscher zum Diener der Realwirtschaft werden.**

### Weltwährungs- und Finanzsystem

Ein neues Weltwährungs- und Finanzsystem muss die Wechselkurse stabilisieren und spekulativen internationalen Finanzflüssen entgegenwirken. Dafür tritt die UNO-Entwicklungsorganisation UNCTAD ein. Denn fehlende Regeln zum Gegensteuern bei Währungsschwankungen sind mit für das Chaos auf den Finanzmärkten verantwortlich.

Von herausragender Bedeutung ist es, übermäßigen Ungleichgewichten in den Leistungsbilanzen der verschiedenen Länder entgegenzuwirken. Internationale Regelungen müssten dafür Sorge tragen. Auch Überschussländer – wie Deutschland – müssen mit in die Verantwortung genommen werden. Sie müssen ihre Binnennachfrage steigern. Auch Kapitalverkehrskontrollen sollten wieder ermöglicht werden.

Bereits Keynes hatte in den 1940er Jahren eine internationale Weltreservewährung gefordert. Die USA haben damals den Dollar durchgesetzt. Mit der ökonomischen Schwäche der USA wird deutlich, dass es doch richtig gewesen wäre dem Vorschlag Keynes zu folgen. Die chinesische Regierung orientiert sich bereits in diese Richtung.

### G-20 – retten die 20 größten Länder die Welt?

Die G-20 haben den Anspruch der Finanzkrise durch internationale Lösungen Herr zu werden und für

die Zukunft eine Wiederholung des Desasters zu verhindern. Gemessen an diesem Anspruch sind die bisherigen Ergebnisse enttäuschend.

Zur Regulierung der Finanzmärkte haben sich die G-20 über notwendige Maßnahmen verständigt, die ver.di bereits seit vielen Jahren fordert. Darunter ist insbesondere die Kontrolle von Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds zwingend notwendig. Unzureichend ist, dass dies nur für „systemrelevante Fonds“ gelten soll. Auch Rating-Agenturen werden in den Fokus genommen. Eine strengere Kontrolle ist ein Schritt in die richtige Richtung. Unzureichend ist, dass damit ihr Interessenkonflikt – sie bewerten diejenigen, von denen sie leben – nicht beseitigt wird. Wir brauchen dringend eine wirklich unabhängige Rating-Agentur und einen Finanz-TÜV, der auf dem Gipfel kein Thema war.

Die wichtigsten Themen werden bislang von den G-20 überhaupt nicht behandelt. Weder die fortschreitende Umverteilung von Arm zu Reich noch die weltweiten Ungleichgewichte zwischen Überschuss- und Defizitländern waren Thema. Ebenso wenig eine Reform des Weltwährungs- oder gar Wirtschaftssystems. Keine Rede davon, die notwendigen großen internationalen Anstrengungen zur Bewältigung der sozialen und ökologischen Probleme der Menschheit in Angriff zu nehmen. Oder gar diese Probleme gemeinsam mit allen betroffenen Staaten im Rahmen der UNO und nicht in ausgesuchten Clubs wie den G-20 zu diskutieren.

**Bessere Regeln für die Finanzmärkte wurden bisher nach jeder Krise vorgeschlagen – und schnell wieder vergessen.**



## Zwei Millionen Arbeitsplätze – Sozialstaat stärken!

Diese Wirtschaftskrise ist kein konjunktureller Einbruch, nach dem es weitergehen kann wie bisher. Sie ist eine der großen Krisen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die schwerste seit der Weltwirtschaftskrise vor 80 Jahren. Sie markiert das Scheitern eines Wachstumsmodells, das auf immer größerer Ungleichheit zwischen Reich und Arm beruhte – innerhalb der Gesellschaften und zwischen den verschiedenen Ländern.

### Sozial-ökologisch umsteuern

Die Politik des Neoliberalismus, der Deregulierung und Privatisierung, der Enteignung der Beschäftigten und der Demontage des Sozialstaats ist weltweit gescheitert. Sie hat nur zu neuen gefährlichen Krisen des Kapitalismus geführt.

**Es darf kein „Weiter so“ geben. Wir brauchen einen Richtungswechsel.**

Nur der Staat kann die Lage jetzt noch retten und einen Zusammenbruch verhindern. Das sehen sogar immer mehr Manager, neoliberale Wissenschaftler und Politiker, für die staatliche Eingriffe in die Wirtschaft bis vor Kurzem noch Teufelszeug waren. Doch es darf nicht nur darum gehen, einigermaßen heil durch die Krise zu kommen. Auch und besonders Deutsch-

land muss einen grundlegend anderen Pfad der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung einschlagen:

- Stärkung der Binnennachfrage statt Setzen auf immer weiter steigende Exportüberschüsse,
- Ausbau des Sozialstaats und der öffentlichen Daseinsvorsorge,
- Zukunftsinvestitionen in Bildung und ökologischen Umbau,
- Umverteilung der Einkommen und Vermögen zugunsten der arbeitenden Menschen und der Bedürftigen,
- demokratische Gestaltung der Gesellschaft statt Vorherrschaft des Kapitals.

### Soziales Antikrisenprogramm

Zunächst muss der Staat mit aller Kraft die Krise bekämpfen und die Menschen vor Erwerbslosigkeit schützen. Die bisherigen Konjunkturmaßnahmen reichen dazu nicht aus. ver.di fordert ein drittes Konjunkturpaket im Umfang von 100 Milliarden Euro jährlich zunächst bis 2011. 75 Milliarden zusätzliche öffentliche Ausgaben für Investitionen und Personal, 25 Milliarden

**Zukunftsinvestitionsprogramm: zwei Millionen gute Arbeitsplätze für Bildung, Soziales und ökologischen Umbau.**

für ein arbeitsmarktpolitisches Sofortprogramm. Danach sollen jährlich 50 Milliarden Euro dauerhaft für Arbeit, Bildung und Umwelt investiert werden.

Mit dem Antikrisenprogramm können zwei Millionen tarifgebundene Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. Um wirksam gegenzusteuern und die Krise dauerhaft zu überwinden, brauchen wir vor allem öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit, Soziales und unsere Umwelt, verbunden mit einer Ausweitung der öffentlichen Auftragsvergabe.

### In die Zukunft investieren

Wichtig ist, dass die öffentlichen Anstrengungen und Ausgaben dauerhaft erhöht werden, nicht nur für zwei Jahre, wie es in den Konjunkturpaketen der Regierung vorgesehen ist. Außerdem brauchen wir nicht nur mehr Sachinvestitionen, sondern ebenso mehr Personal. Was nützen mehr und bessere Schulen und Kitas ohne Lehrerinnen und Erzieher?

### 75 Milliarden Euro jährlich für Zukunftsinvestitionen

- 30 Milliarden Euro für Kindertagesstätten, Ganztagschulen und Hochschulen
- 20 Milliarden Euro für Ver- und Entsorgung und energetische Gebäudesanierung
- 5 Milliarden Euro für ökologische Modernisierung des Verkehrs
- 15 Milliarden Euro für Krankenhäuser und Altenpflege
- 5 Milliarden Euro für flächendeckendes Glasfaserbreitbandnetz

**25 Milliarden Euro für Beschäftigung und Erwerbslose**

- Verlängerung des Arbeitslosengeld I-Bezugs auf ein Jahr und für über 50-Jährige auf zwei Jahre
- Erleichterung der Kurzarbeit durch Übernahme der Sozialbeiträge nach sechs Monaten für kleinere und mittlere und nach einem Jahr für alle Unternehmen
- Erhöhung von Arbeitslosengeld II und Grundsicherung auf 435 Euro plus Wohnkosten
- Verlängerung der Altersteilzeit, um Auszubildende einzustellen

**100 Milliarden Euro für einen staatlichen Beteiligungsfonds**

Strukturell wichtige Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, die durch die Finanzmarktkrise von Insolvenz bedroht sind, sollen für eine Übergangszeit stabilisiert werden. Finanziert durch eine Zukunftsanleihe von zwei Prozent auf private Geld- und Immobilienvermögen größer als 750.000 Euro.

Arbeitszeitverkürzungen können einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigungssicherung leisten. Wir wollen kürzere Arbeitszeiten. Die europäische Arbeitszeitrichtlinie und das Arbeitszeitgesetz müssen grundlegend verbessert werden.

Die durchschnittliche wöchentliche Höchstarbeitszeit muss auf 40 Stunden verkürzt und weitere Arbeitszeitverkürzungen müssen öffentlich gefördert werden.

**Höhere Einkommen – gerade jetzt**

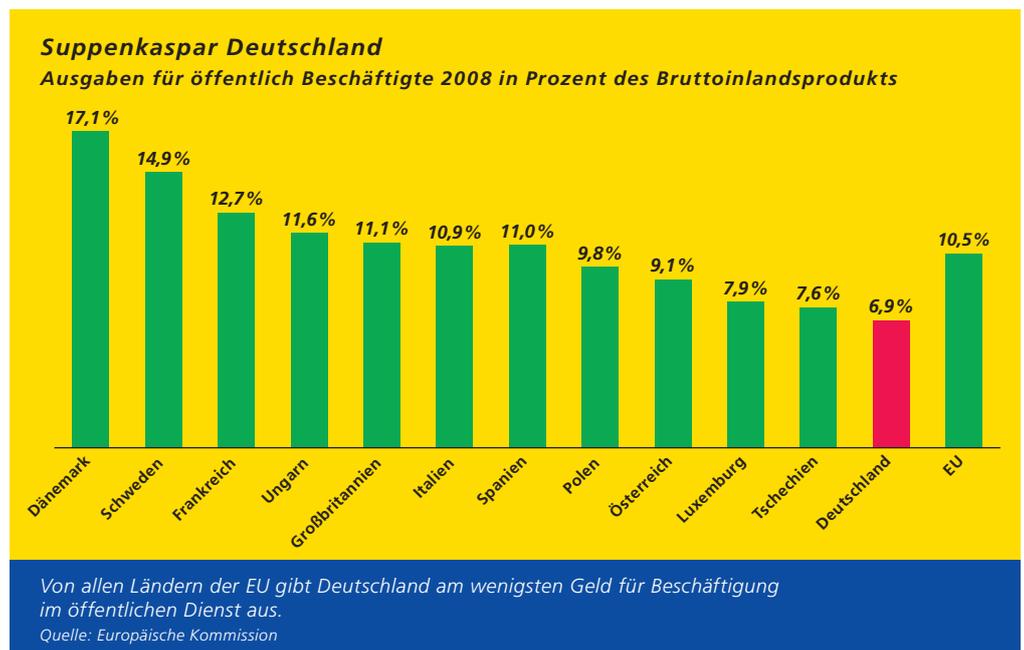
In den Tarifrunden gilt: Gerade jetzt sind kräftige Einkommenssteigerungen wichtig. Dies stützt Nachfrage und Konjunktur und sichert so Arbeitsplätze. Eine Steigerung der Löhne zu Lasten der Gewinne wird dazu führen, dass

Das Zukunftsinvestitionsprogramm muss zunächst zur Konjunkturanhebung über Kredit finanziert werden. In der Folge wird sich das Programm durch seine Wachstums- und Beschäftigungswirkungen zu über 50 Prozent selbst finanzieren. Mehr Beschäftigte bedeuten höhere Sozialbeitrags- und Steuerzahlungen und weniger Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Um mehr Zukunftsinvestitionen dauerhaft solide zu finanzieren, brauchen wir eine sozial gerechte Steigerung der Steuereinnahmen: Profiteure zur Kasse!

einen staatlichen Beteiligungsfonds. Wenn der Staat Unternehmen mit Finanzhilfen stützt, muss es im Gegenzug Beschäftigungsgarantien und Mitbestimmungsrechte geben.

**Arbeitsplätze schützen, Beschäftigte stärken**

Wir wollen, dass Massenentlassungen und Unternehmenszusammenbrüche verhindert werden. Dazu fordert ver.di ein arbeitsmarktpolitisches Sofortprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro im Jahr und



# Zwei Millionen Arbeitsplätze – Sozialstaat stärken !

22

weniger Geld ins globale Finanzcasino fließt und mehr in den inländischen Konsum. Gerade in Deutschland kommt es darauf an, die Binnennachfrage zu steigern und die Abhängigkeit von immer höheren Exportüberschüssen abzubauen.

**Gesetzlicher Mindestlohn: sofort 7,50 Euro und dann schnell auf 9 Euro die Stunde.**

Lohndumping muss bekämpft werden. Leiharbeit muss wieder eng beschränkt werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss durchgesetzt werden. Befristung muss wieder zur begründeten Ausnahme werden und die Subventionierung von Minijobs, durch die reguläre Beschäftigung ersetzt wird, muss beendet werden.

Die Tarifverträge sind durch erleichterte Allgemeinverbindlichkeit und Tariftreuerregelungen bei öffentlichen Aufträgen zu stärken. Die skandalösen arbeitnehmerfeindlichen Urteile des Europäischen Gerichtshofes müssen durch Änderung des EU-Rechts aufgehoben werden.

## Gute soziale Sicherung – Sozialstaat stärken

Das Arbeitslosengeld II muss auf mindestens 435 Euro plus Wohnkosten erhöht werden. Statt Ein-Euro-Jobs muss es sozialversicherte und tariflich bezahlte Beschäftigung geben. Der Zumutbarkeitsschutz bei Arbeitsangeboten muss wieder hergestellt werden.

Die Rente mit 67 und die Kürzungsfaktoren in der Rentenformel müssen zurückgenommen, die Erwerbsunfähigkeitsrenten verbessert werden. Zeiten mit geringen Einkommen und des Arbeitslosen-

geld II-Bezugs sind in der Rente besser abzusichern, um Altersarmut entgegenzuwirken.

Die Krankenhäuser brauchen dauerhaft eine ausreichende Finanzierung. Der Deckel muss weg! Die Arbeitgeber müssen wieder die Hälfte der Krankenversicherungsbeiträge zahlen. Auf Dauer müssen die ganze Bevölkerung und alle Einkommen einbezogen werden.

**Daseinsvorsorge und Infrastruktur sind öffentliche Aufgaben und gehören in öffentliche Hand.**

Besonders die Kommunen brauchen mehr Geld, um ihre Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Der Personalabbau muss ein Ende haben. Weitere Privatisierungen darf es nicht geben.



# Profiteure zur Kasse!

Viele Jahre lang wurde der Sozialstaat in Deutschland immer weiter geschrumpft. Weil der Staat angeblich kein Geld hat. Seit Anfang der 1990er Jahre wurden weit über eine Million Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst abgebaut. 140 Milliarden Euro mehr hätten 2008 für öffentliche und sozialstaatliche Aufgaben ausgegeben werden können, wenn hierfür im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung noch genauso viel Geld zur Verfügung gestanden hätte wie 2003. In diesem Jahr verkündete der damalige Kanzler Schröder die „Agenda 2010“. Profitiert haben Unternehmer und Reiche: ihre Steuer- und Abgabenbelastung wurde mehrfach kräftig gesenkt.

Für die Rettung bedrohter Banken war plötzlich genug Geld da, fast 500 Milliarden Euro. Beim Schutz von Arbeitsplätzen ist die Koalition wieder knauseriger: Gerade einmal insgesamt 60 Milliarden Euro sind für die Konjunkturpakete in 2009 und 2010 eingeplant. Darunter 16 Milliarden Euro Steuersenkungen, von denen ganz überwiegend Unternehmen und Besserverdienende profitieren.\*

### Wer zahlt?

Um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, sind weitaus höhere Aufwendungen für öffentliche Investitionen und Beschäftigung notwendig. FDP, CDU und CSU fordern aber weitere Steuersenkungen. Gleichzeitig wollen sie gemeinsam mit der SPD eine „Schuldenbremse“ einführen. Sie schreibt vor, nach der Krise die Schulden zügig wieder abzubauen.

Wie soll das gehen? Zu befürchten ist eine Situation schlimmer als 2003 mit der „Agenda 2010“: sinkende Steuereinnahmen, hohe Schulden, zusätzlich der Zwang diese rasch abzubauen. Es droht die „Agenda 2020“. Die Bürgerinnen und Bürger, die Kinder und Jugendlichen, die Alten, die Erwerbslosen und Armen, sie sollen die Zeche zahlen! Natürlich erst nach der Bundestagswahl...

**! Steuersenkungen + Schuldenbremse = verschärfter Sozialabbau**

### Profiteure zur Kasse

ver.di fordert eine andere Politik. Eine grundsätzliche Umkehr des katastrophalen Kurses der Umverteilung von unten nach oben, der Sozialdemontage, der Enteignung der arbeitenden Menschen. Reiche, Banken und gewinnstarke Unternehmen tragen Verantwortung für die Krise. Indem sie Geld nicht in neue Arbeitsplätze, sondern auf den internationalen Finanzmärkten angelegt und damit die Spekulationsblasen aufgepumpt haben. Bis sie geplatzt sind.

Die riesigen Vermögen der Reichen und Konzerne müssen von spekulativer Anlage in sinnvolle öffentliche Ausgaben und binnenwirtschaftliche Nachfrage umgelenkt werden.

**! Die Profiteure des Finanzkapitalismus und Verursacher der Krise müssen für die Kosten herangezogen werden.**

Der Weg dazu sind höhere Löhne und eine gerechte Steuer- und Finanzpolitik. Dafür kämpft ver.di. Das „Konzept Steuergerechtigkeit“\*\* von ver.di bringt insgesamt Mehreinnahmen von 75 Milliarden Euro pro Jahr. Damit können das Zukunftsinvestitionsprogramm und das arbeitsmarktpolitische Sofortprogramm solide und gerecht finanziert werden.

### Konzept Steuergerechtigkeit

Bei der Einkommensteuer werden durch die Beseitigung der starken Progression im unteren Bereich Einkommen unter 67.000 Euro entlastet. Die Wirkung der „kalten Progression“ wird hierdurch auf Jahre kompensiert. Die oberen Einkommen werden vor allem durch die Erhöhung des Höchststeuersatzes auf 50 Prozent wieder stärker

\*\* ver.di-Bundesvorstand: Konzept Steuergerechtigkeit. Gerechte Steuern für mehr Zukunftsvorsorge, Januar 2009, [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)

\* Siehe Konjunkturpaket II Wirtschaftspolitische Informationen 1/2009, [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)

Hier soll etwas geändert werden	So viel fließt mehr in die Staatskasse
Lohn- und Einkommensteuer	+ 4 Milliarden Euro
Vermögensteuer	+ 20 Milliarden Euro
Erbschaftsteuer	+ 6 Milliarden Euro
Unternehmensteuer	+ 20 Milliarden Euro
Gemeindefinanzsteuer	+ 3 Milliarden Euro
Finanztransaktionsteuer	+ 10 Milliarden Euro
Steuervollzug	+ 12 Milliarden Euro
<b>insgesamt</b>	<b>+ 75 Milliarden Euro</b>

belastet. Mehr- und Mindereinnahmen saldieren sich auf ein Plus von vier Milliarden Euro.

Unsere Vorschläge für eine gerechte Reform der Erbschaftsteuer bringen Mehreinnahmen von sechs Milliarden Euro, die Wiedereinführung der Vermögensteuer weitere 20 Milliarden Euro.

Bei der Unternehmensbesteuerung sind die Wiederanhebung des Körperschaftsteuersatzes auf 25 Prozent, die Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage und die Wiederherstellung der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen die zentralen Punkte. Zusammen mit einer breiteren Basis der kommunalen Steuereinnahmen – die Gewerbesteuer wird zu einer Gemeindewirtschaftsteuer umgebaut – ergeben sich rechnerisch Mehreinnahmen von 23 Milliarden Euro. Wir gehen davon aus, dass dieses Niveau nach Stabilisierung der Wirtschaft wieder erreicht wird.

Eine Verbesserung des Steuervollzugs und der verstärkte Kampf gegen Steuerflucht und -hinterziehung erbringen rund zwölf Milliarden Euro. Die Einführung einer Steuer auf Börsenumsätze und andere Finanztransaktionen weitere zehn Milliarden Euro. Die Finanztransaktionsteuer verteuert außerdem spekulative Kapitalflüsse und trägt dadurch zur Stabilisierung der Finanzmärkte bei.

**Ohne höhere Steuern für die Reichen und finanzstarken Unternehmen werden wir wieder die Zeche zahlen müssen.**

Je länger und teurer die Krise wird, desto mehr müssen noch weitergehende Alternativen diskutiert werden. Ein gesellschaftlicher Lastenausgleich, eine wirkliche Um-

verteilung von den Millionenvermögen zugunsten der Allgemeinheit. In den USA der 1930er Jahre hat Präsident Roosevelt die Reichen besonders gefordert. Bis zu 80 Prozent Einkommensteuer in der Spitze mussten sie zahlen. Für große Erbschaften wurde ebenso viel fällig. Darauf hat kürzlich der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman hingewiesen. Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen.

### Gerechtigkeit gibt es nicht geschenkt

Diejenigen, die wir zur Kasse bitten wollen, werden das Geld nicht freiwillig herausrücken. Sie werden stattdessen behaupten, zur Konsolidierung seien neue Sozialkürzungen und eine weitere Privatisierung des öffentlichen Eigentums unausweichlich.

**Politik für Arbeit und soziale Gerechtigkeit wird es nur geben, wenn wir sie erkämpfen!**

Es ist wichtig, dass wir uns aktiv einmischen. Beschäftigte und Erwerbslose, Junge und Alte, Frauen und Männer, deren Einkommen jetzt schon unter Druck stehen oder die um ihre Arbeitsplätze fürchten. In den Wahlkämpfen müssen wir die Kandidatinnen und Kandidaten fragen, wer die Lasten der Krise tragen soll. Ob sie bereit sind, eine Abkehr von der neoliberalen Politik der vergangenen Jahre vorzunehmen. Und wir müssen immer wieder außerparlamentarischen Druck machen – auf der Straße und in den Betrieben. Nur Aktionen von Millionen sind stärker als die Macht der Millionäre.



## Kleine Übersicht über Begriffe

**ABS, CDO, CDS** (Asset Backed Security, Collateralized Debt Obligation, Credit Default Swap): Ein ABS ist ein Wertpapier, das durch Vermögenswerte („assets“ – zum Beispiel ein Hypothekenkredit) besichert ist; eine CDO ist ein Wertpapier, das mehrere Kredite bündelt und in verschiedene Güteklassen einteilt; ein CDS ist eine Versicherung gegen den Zahlungsausfall eines Kreditnehmers, die wiederum selbst gehandelt werden kann.

**Derivate:** Finanz„produkte“, deren Preis vom Preis anderer Produkte abgeleitet wird, zum Beispiel Wertpapiere, die Anteile an einem Paket von verschiedenen Hypothekenkrediten darstellen.

**Hedge-Fonds:** Hierbei handelt es sich um eine besondere Art von Kapitalsammelstellen, die ihren Anlegern besonders hohe Renditen versprechen. Deshalb ist ihre Anlagestrategie ebenso spekulativ wie aggressiv. Hohen möglichen Renditen stehen entsprechend hohe Risiken gegenüber.

**Investmentbanken:** Banken, die hauptsächlich mit Wertpapieren handeln, Unternehmen bei der Kapitalaufnahme helfen und Vermögen von Privatpersonen verwalten. Das normale Bankengeschäft – Vermittlung zwischen denjenigen, die sparen und Betrieben oder Privatpersonen, die einen Kredit aufnehmen – betreiben sie nicht.

**Leistungsbilanz:** Als Teil der Zahlungsbilanz eines Landes werden in der Leistungsbilanz die Werte grenzüberschreitender Waren und Dienstleistungen ebenso wie Erwerbs- und Vermögenseinkommen und Schenkungen (z. B. Entwicklungshilfe) zwischen Ländern verbucht.

**Private-Equity-Fond:** Gesellschaften, die von privaten oder institutionellen Anlegern – zum Beispiel Versicherungen oder Pensionsfonds – Geld einsammeln, zusätzlich Kredite aufnehmen und in bestehende Unternehmen investieren; Ziel ist, nicht mit sondern an den Unternehmen kurzfristig möglichst viel Geld für die Anleger zu verdienen.

**Rating-Agenturen:** Private Unternehmen, die Wertpapiere, Unternehmen und ganze Länder in Güteklassen einteilen und Noten nach der Bonität verteilen – von AAA (praktisch kein Ausfallrisiko) bis D (Zahlungsausfall).

**REIT** (Real-Estate-Investment-Trust): eine besondere Art von Immobilienfonds, der als Aktiengesellschaft Immobilien besitzt oder verwaltet.

**Verbriefung:** Umwandlung einer nicht handelbaren Forderung (zum Beispiel Hypothek) in ein handelbares Wertpapier.

**Zweckgesellschaft** (oder SPV – „Special Purpose Vehicle“): Eine Gesellschaft, die nur für einen ganz besonderen Zweck gegründet wird, insbesondere zur Auslagerung von Krediten und Kreditgeschäften aus der Bilanz einer Bank.

## Quellen und Literatur

■ Heiner Flassbeck: Gescheitert. Warum die Wirtschaft vor der Politik kapituliert, München 2009.

■ Gustav Horn, Peter Hohlfeld, Achim Truger, Rudolf Zwiener: Höheres Tempo erforderlich. Zu den Wirkungen des Konjunkturpakets II, IMK Policy Brief Januar 2009.

■ Joachim Jahnke: Die zweite Große Depression: Wo die Krise herkommt – Wo sie hinführt – Was tun?, Aachen 2009.

■ Paul Krugman: Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt/New York 2009.

■ Wolfgang Münchau: Kernschmelze im Finanzsystem, München 2008.

■ Lucas Zeise: Ende der Party. Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft, Köln 2008.

■ Sahra Wagenknecht: Wahnsinn mit Methode. Finanzcrash und Weltwirtschaft, Berlin 2008.

■ United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD): The Global Economic Crisis. Systemic Failures and Multilateral Remedies, New York und Genf 2009.

### ver.di-Materialien zum Thema:

■ Sozialökologisch umsteuern – solidarisch finanzieren. Vorschläge der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) für ein drittes Konjunkturpaket, April 2009.

■ Konjunkturpaket II. Mehr Klientelpolitik als ein Programm zur Krisenbekämpfung, Wirtschaftspolitische Informationen 1/2009.

■ Aktiv werden für eine soziale Antikrisenpolitik! Beschluss des ver.di-Gewerkschaftsrats, Dezember 2008.

■ Schuttschirm für Arbeitsplätze? Maßnahmenpaket der Regierung „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“, Wirtschaftspolitische Informationen 9/2008.

■ Absturz der Finanzmärkte. Sofortprogramm von ver.di, Wirtschaftspolitische Informationen 7/2008.

### Broschüren

■ Konzept Steuergerechtigkeit. Gerechte Steuern für mehr Zukunftsvorsorge (Januar 2009).

■ Genug gespart! Öffentliche Leistungen stärken (Februar 2008).

■ Finanzkapitalismus – Geldgier in Reinkultur (Oktober 2007).

■ In unsere Zukunft investieren – für Arbeit, Bildung, Umwelt und ein besseres Leben (Februar 2006).

**Die Materialien des Bereichs Wirtschaftspolitik finden sich auf der Website [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) Dort können sie heruntergeladen und über einen elektronischen Verteiler abonniert werden.**

[www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)



Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft